

Die „Volkswacht“
 erscheint wöchentlich 4 Mal
 und ist durch die
 Erweiterten Postämter 1/2
 und durch Hausverkäufer zu beziehen.
 Preis vierteljährlich M. 2.50,
 pro Monat 80 Pf.,
 durch die Post bezogen M. 2.50,
 pro Monat 80 Pf. 1/2.
 Im Jahr M. 10.00,
 wo keine Post am Ort, M. 11.00.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Redaktion
 Expedition 1204

Telephon
 Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
 Expedition 1204

Nr. 305.

Breslau, Freitag, den 30. Dezember 1910.

21. Jahrgang.

Das Wahljahr 1911.

Wenn nicht alle Wetterzeichen täuschen, wird das kommende Jahr ein Entscheidungsjahr

sein für das politische Geschick des Deutschen Reiches. Es muß die Antwort auf die Frage bringen, ob das deutsche Volk wiederum eine Legislaturperiode lang das Ausbeutungsobjekt des schwarz-blauen Blocks sein soll, ob noch einmal die Junker und ihre Schutzhüter vom Zentrum mit Lebensmittelsteuerung, mit neuen indirekten Steuern das Volk peinigen sollen, können politisch unangefochtener Zeit so über sich selbst seine Peiniger selbst zu wählen. Ebenso muß in diesem Jahre die Entscheidung darüber fallen, ob ein den protestantischen Junkern, dem Zentrumsadel und den Scharmachern taugliches Gottesgnadentum seine verfassungswidrige Existenz weiterführen oder ob die von der Volksmehrheit immer stürmischer verlangte demokratische Weiterbildung der Reichsverfassung zu ihrem Rechte kommen soll.

Kurz: ob das persönliche Regiment mit Ausnahmegelesen, mit Moabiter Volkstrawallen, mit Hungerjähren und Streikbrechern triumphieren soll, oder ob das deutsche Volk dem feudalen und großkapitalistischen Ausbeutertum gegenüber sich auf sein

Selbstbestimmungsrecht

besinnen will. Das Ausbeutertum, das Junkertum steht gewappnet da. Ihm dienen die Hilfsmittel der noch herrschenden Gewalt. Ihnen gefällt sich das Zentrum zu, dessen Presse eifriger als die Unternehmerorgane die Geschäfte der Dividendenjäger besorgt, das bestrebt ist, seine „Christlichen“ Gewerkschaften völlig zu gelben Verbänden umzubilden, das heute jedem Gewaltstreik der herrschenden Mächte gegen die Arbeiterbewegung jauchzt und bereits seine Gensichtlichkeit zu Ausnahmegelesen gegen die Arbeiter bekundet hat.

Noch viel zahlreicher als bisher müssen in dieser ungemein bedeutungsvollen Zeit die Arbeiter die Reihen ihrer Organisationen verstärken, mit gesteigertem Eifer müssen sie für die

Ausbreitung

der sozialdemokratischen Presse

tätig sein. Ungemein zahlreich sind leider noch die Arbeiter, die die Blätter der erklärten Gegner der Arbeiterbewegung in ihrer Wohnung dulden und dadurch ihre schlimmsten Feinde unterstützen und ihre eigene Belehrung und Aufklärung verhindern. Gewiß haben die politischen Ereignisse der jüngsten Zeit manchem die Augen geöffnet, und der erfreulich starke Abonnentenzuwachs der „Volkswacht“ ist das glänzendste Zeugnis einer gesunden Entwicklung; allein noch lauert der Feind in den Wohnungen der Unterdrückten, noch gilt es, sehr viele Säumige aufzurütteln, viele Abseitsstehende zu gewinnen. Und als gewonnen für unsere Sache kann nur der gelten, der ständiger Besucher und Leser des Parteiblattes ist, das ist für unsere Gegenden die

„Volkswacht“

die mit ihren 37.750 Abonnenten das verbreitetste Parteiblatt der Provinz Schlesien ist.

Die sozialpolitische Jahresbilanz des Reiches.

Das letzte Jahr ist in bezug auf die Sozialpolitik ein Jahr der Enttäuschungen geworden. Die Geschäftswelt hatte es seitherzeit begrüßt in der Hoffnung, daß nunmehr der wirtschaftliche Aufschwung wieder lebhafter einsetzen und günstigere Erwerbsbedingungen bringen werde. Diese Hoffnung hat sich aber nur für den engen Kreis der Börsenbarone und Kartellfürsten erfüllt. Nur sie können in der Tat auf ein sehr „ergiebiges“ Jahr zurückblicken. Sie haben riesige Profite eingestekt, haben Reichtum auf Reichtum gehäuft, haben ihre Partielle und Verbände noch mehr ausgebaut, haben ihren Einfluß auf unser Wirtschaftsleben noch weiter vergrößert. — Das mußten selbst die anderen Unternehmer zu ihrem Schaden immer mehr empfinden. Ihnen hat das Großkapital durch seine Verbände, Kartelle usw. die Bewegungsfreiheit immer mehr eingeengt, so daß sie den günstigeren Geschäftsgang nicht mehr in ihrem eigenen Interesse so wie früher ausnützen konnten. Für sie ist das „älteste Geschäft“ nicht wiederbelebt. — Die Ar-

beiter aber mußten bei jedem Versuche, sich gegen eine Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu wehren, oder bessere Bedingungen zu erringen, damit rechnen, daß die berechneten Großkapitalisten daraus eine Machtprobe machten und Tausende von Arbeitern aussperrten, um auf diese Weise die Kraft der Gewerkschaften zu brechen und die Arbeiter ganz wehrlos zu machen.

Was hat das Reich gegenüber der so anwachsenden Macht des Großkapitals getan, um das Gesamtwohl zu wahren? Von einem direkten Eingriff in die Macht des Großkapitals, von dem bereits so oft angekündigten Gesetz gegen die „Auswüchse“ der kapitalistischen Kartellwirtschaft, war gar nichts zu hören, trotz aller Klagen über die Überpreise der Kartelle und über die Vergewaltigung der Mittel- und Kleinunternehmer sowie der Arbeiter durch die Großkapitalisten. Ja, bei allen Auseinandersetzungen hierüber hat es sich gezeigt, daß die Regierungen nicht die Großkapitalisten, sondern umgekehrt die Großkapitalisten die Regierungen beherrschen, und daß ihnen dabei die Mehrheitsparteien des Reichstages nach Kräften helfen.

Während die Verteuerung der Lebenshaltung in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung große Erbitterung hervorruft und Maßnahmen gegen die Ausbeutung des Volkes durch die Wucherzölle und durch die Preispolitik der Kartelle immer allgemeiner und nachdrücklicher gefordert werden, erklären die Regierungsvertreter und die Redner der Mehrheitsparteien, daß an dem für die Großkapitalisten „so bewährten Wirtschaftssystem“ nichts geändert werden dürfe. Genau so ist das Verhalten der Regierungen und der Mehrheitsparteien gegenüber den Maßnahmen der Großkapitalisten zur Vergewaltigung der Arbeiter. Als das Baugewerbe durch die Aussperrung der Bauarbeiter in einem großen Teile des Reiches lahmgelegt worden war, und als auch im Metallgewerbe eine allgemeine Aussperrung drohte, da allerdings fordernden bürgerliche Sozialpolitiker, daß die Gesetzgebung eingreife und Vorkehrungen treffe, um die Streitfragen zwischen Unternehmern und Arbeitern in einem geregelten Verfahren und unter „unparteiischer“ Leitung möglichst zu klären und eine Verständigung herbeizuführen. Was aber die Regierungen und viele bürgerliche Abgeordnete unter solchen Vorkehrungen verstehen, hat sich bei den Verhandlungen über das Arbeitskammergesetz gezeigt. Die Regierungsvertreter und jene Abgeordneten waren bestrebt, nur solche Arbeitervertreter in die Arbeitskammern wählen zu lassen, die von den Unternehmern wirtschaftlich abhängig sind und sofort gemahregelt und aus der Arbeitskammer entfernt werden können, wenn sie wirklich die Interessen der Arbeiter vertreten und dadurch den Unternehmern unbequem werden.

Selbst gegen die Vergewaltigung der Arbeiter durch die Arbeitsnachweise der Unternehmerverbände ist weder die Gesetzgebung noch die Verwaltung des Deutschen Reiches eingegriffen, obgleich hierzu der Erlaß des neuen Stellenvermittlergesetzes die beste Gelegenheit gab. Die sozialdemokratische Fraktion hatte im Reichstage beantragt, daß zu einer umfassenden, einheitlich organisierten Stellenvermittlung in allen Gemeinden Arbeitsnachweise errichtet werden, die von einer Kommission mit einer gleichen Anzahl von Unternehmer- und Arbeitervertretern verwaltet werden, und daß dann sowohl die gewerkschaftliche, als auch die nichtgewerkschaftliche Stellenvermittlung der Privaten, Vereine, Verbände und Gesellschaften untersagt ist. Dem widersprachen aber die Regierungsvertreter, und die bürgerliche Mehrheit des Reichstages stimmte dem Antrag der Sozialdemokraten nieder. Daher wendet sich das Stellenvermittlergesetz, das am 1. Oktober in Kraft getreten ist, nur gegen die gewerkschaftlichen Stellenvermittler, läßt also die Arbeitsnachweise der Unternehmerverbände ganz unberührt.

Verlagt hat ferner das Reich in dem Schutze der Arbeiter gegen die schlimmsten Folgen der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft An die Durchführung einer Arbeitslosenversicherung hat sich das Reich noch immer nicht gewagt. Sogar in den Fällen, in denen das Reich selbst durch seine letzte Finanzreform die Notgedrungenen Arbeitergruppen herbeigeführt hat, ist den Geschädigten nicht die notwendige Entschädigung gewährt worden. Die Entschädigung der Zigarrenmacher ist ungenügend geblieben, die Brauereiarbeiter, die Arbeiter der Holzfabriken usw. sind überhaupt nicht unterstützt worden.

Dazu paßt, daß der Ausbau der Schutzbestimmungen für die Fabrikarbeiter auf die lange Bank geschoben ist, und daß die bürgerliche Mehrheit der Reichstagskommission gerade die wichtigsten Schutzbestimmungen für die Armen der Armen, für die Hausarbeiter, abgelehnt hat. An der Reichsversicherungsordnung arbeitet die Kommission des Reichstages zwar mit allgemein anerkanntem Eifer. Trotzdem ist auch hier kein Ende abzusehen, da die Konservativen und Nationalliberalen immer wieder weitere Verschlechterungen beantragen und damit nur zu oft durch die Unterstützung des Zentrums auch durchbringen. Kommt wirklich das neue Gesetz hier zustande, dann wird es neben ganz ungenügenden Verbesserungen so manche dem Arbeitern sehr nachteilige Verschlechterung enthalten.

Aber auch den Großkapitalisten ist die Freude an dem letzten Jahre nicht ganz ungetrübt geblieben. Die Kartelle

ist ihr Versuch gescheitert, durch die Aussperrung großer Arbeitergruppen die Kräfte der Gewerkschaften zu leeren, die Gewerkschaften zu sprengen und die Arbeiter zur bedingungslosen Untertwerfung zu zwingen! Die Gewerkschaften stehen jetzt trotz der Aussperrungen mächtiger als je da. Die Großkapitalisten vermöchten daher auch nicht, nach ihrem Belieben die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu verschlechtern. Im Gegenteil sprechen die Arbeiter dort, wo sie ihre Gewerkschaften genügend ausgebaut haben, immer nachdrücklicher bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse mit, immer mehr Unternehmer müssen sich zum Abschluß von Tarifverträgen mit den Gewerkschaften verstehen und müssen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter verbessern.

Ebenso konnten die Großkapitalisten in der Gesetzgebung des Reiches nicht jeden sozialpolitischen Fortschritt verhindern. In erster Linie ist hier an das Gesetz über den Abschluß von Kartellen zu erinnern, das die Regierungen ganz nach den Wünschen und im Interesse der Großkapitalisten ausgearbeitet hatten, in das aber der Reichstag dank den Bemühungen der Arbeitervertreter auch wichtige Bestimmungen zum Schutze der beteiligten Arbeiter aufgenommen hat. Ferner ist im Stellenvermittlergesetz wenigstens ein Anfang damit gemacht worden, die schamlose Ausbeutung der Arbeiter beim Nachweis von Arbeit zu bestrafen. Mit dem Arbeitskammergesetz hat die Gesetzgebung ausdrücklich anerkannt, daß das Herrenrecht der Unternehmer nicht mehr allein für die Regelung der Arbeitsverhältnisse maßgebend sein kann, sondern auch die Arbeiter dabei mitwirken müssen. Die Beschlüsse der Reichstagskommission über das Hausarbeitergesetz beweisen, daß die Gesetzgebung nicht mehr das furchtbare Elend der Hausarbeiter unbeachtet lassen kann. Die Arbeiten der Reichstagskommission an der Reichsversicherungsordnung sind ein Beleg dafür, daß den Arbeitern die Mittel zur Fortführung ihres Lebensunterhaltes auch während der Zeit der Verdienstlosigkeit gesichert werden müssen.

Allerdings entsprechen diese Fortschritte bei weitem nicht den Bedürfnissen unserer Zeit. Deshalb sind die Arbeiter mit Recht empört über die ungenügenden Ergebnisse des letzten Jahres, zumal wenn sie sich die schönen Versprechungen der Regierungen und der bürgerlichen Parteien vor den Reichstagswahlen vor vier Jahren vergegenwärtigen. Diese Empörung darf aber die Arbeiter nicht entmutigen, sondern muß sie erst recht zum Kampfe gegen die jetzige Ausbeutungswirtschaft anfeuern. Hat ihnen doch das letzte Jahr wieder gezeigt, daß ihre Gegner selbst nicht durch die rückwärtsloseste Massenausperrung die Arbeiterbewegung überwinden können. Daher verfehlt auch die Drohung der Gegner mit neuen Zuchthausgesetzen ihren Zweck. Die Arbeiter werden sich nicht einschüchtern lassen, vielmehr auch die andere Lehre des letzten Jahres beherzigen, daß sie jeden Fortschritt durch den Druck ihrer Organisationen den herrschenden Klassen abringen müssen, und daß sie deshalb nicht größere Fortschritte erreicht haben, weil sie ihre Organisationen nicht noch mehr ausgebaut haben.

Hier gilt es, jetzt einzusehen. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin gelobe, mit um so größerer Opferfreudigkeit und Tapferkeit für ihre politische und gewerkschaftliche Organisation einzutreten und mit um so stärkerem Nachdruck den Kampf um bessere Verhältnisse zu führen. Dann werden auch unsere Fortschritte größer werden. So begrüßen wir das neue Jahr in der Gewißheit, daß es uns neue Siege bringen wird.

Politische Uebersicht.

Der Termin der Reichstagswahlen

Ein vertrauliches konservatives Rundschreiben, das uns zu Gesicht gekommen ist, bezeichnet als wahrscheinlichen Termin für die nächstjährigen Hauptwahlen die Zeit vom 15. bis 25. Oktober. Damit stimmt es überein, was die Korrespondenz Woth über den Termin der nächsten allgemeinen Reichstagswahlen meldet. Sie will erfahren haben, daß die Armeeoberkommando beauftragt worden sind, bei Ausfall des Jahresplanes für 1911 in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. November tünlichst keine Reservisten und Landwehrmänner zur Übung einzuziehen. Auch die Bezirkskommandos seien bereits darauf hingewiesen worden, daß die Wahlen wahrscheinlich in die Zeit der Kontrollversammlungen, also in den November, fallen würden, und die Tage der Reichstagswahl mit Kontrollversammlungen nicht besetzt werden dürfen. Wenn man die letztere Angabe auf die Stichwahlen bezieht, so stimmen die beiden Angaben überein.

Die preussische Wahlrechtsfrage.

Einen hallenden Ruf zum preussischen Wahlrechtskampf hat die preussische Volkspartei schon die gemäßigten sozialistischen „Volkswacht“ Zeitung. Dieses sonst so harmlos alle freisinnigen Blätter schreibt nun: „Nach den bisherigen Erfahrungen zu schließen, wird die lange Zeit, worauf die preussische Wahlreform geschoben wird, noch gründlich verlängert werden. In der Beurteilung dieser Lage wird aber die Masse des Volkes keinen schmerzlichen Unterschied zwischen „sozialistischer“ und „grundständlicher“ Lebens-

ung zu machen wissen. Sie wird nur das Bestehen und das Bestehen ihrer Existenz zu geben. Sie wird nur empfinden, daß man ihr in Preußen verweigert, was man der Bevölkerung in Elsaß-Lothringen bewilligt. Aber, was auch die Zukunft bringt, die Vergangenheit lehrt, daß der Kräfte der Nation die Widerstand jedes Staatsmanns und jeder Parteigruppierung durchsetzt. Die Freiheit wird nicht als Festgabe beschert, sie soll auf gekämpftem Boden beständig erkämpft werden. Und sein Schicksal schafft sich selbst das Volk.

Wenn schon ein so gemäßigtes Blatt solche Töne anschlägt, dann ist wohl auch für die von ihm angerufene „Masse des Volkes“ die Zeit gekommen, sich wieder einmal etwas kräftiger zu rühren! Hoffentlich wird aber die „Vossische Zeitung“ nicht wieder, wenn sich der Wille der Nation auf gesetzlichem Boden kräftig zu betätigen beginnt, nach der Pöbelzeit rufen, wie sie es in früheren Stadien der preussischen Wahlrechtsbewegung getan hat.

Mit der preussischen Wahlrechtsfrage beschäftigt sich auch Professor Guhrab Schmöller in einem Artikel, den er in der Beilage zum „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht. Herr Schmöller setzt bekanntlich seine Hoffnungen auf das von ihm sogenannte „Vernünftigerwerden“ der Sozialdemokratie und sieht in den Parlamenten und in der Selbstverwaltung eine Vorstufe des Briandismus. Den „Arbeiterführern“ eröffnet er die verlockende Aussicht auf „höchste Staatsstellen“, ganz im Sinne der Liberalen von Robert Prug: „Werdet doch wie Unserer! Ordensband und Katschbent.“ Dieser Nikolai-Motivismus, über den in diesem Zusammenhang kein Wort weiter verloren werden soll, mußte Herrn Schmöller doch zum mindesten bekannt sein, im preussischen Herrenhaus, dem er als Lebenslänglichem angehört, dahin zu wirken, daß den Arbeitern die Tür zum preussischen Landtage so weit wie möglich aufgemacht wird. Die „Arbeiterführer“ verlangen ja gar nicht, daß ihnen zu Nebe im preussischen Etat ein höherer Betrag für Ordensausgaben eingestrichelt wird, sondern es genügt ihnen, wenn sie zu den parlamentarischen Arbeiten zugelassen werden in der Zahl, die ihrem wirklichen Anhang in der Bevölkerung entspricht. Auch der Vertreter des Reichstages und preussische Staatsminister Dr. Brüch hat ja neuerlich die Arbeitersekretäre als Vertreter der Arbeiterinteressen in den Landtagen der Bundesstaaten“ gefeiert, es ist also an der Zeit, daß auch in der preussischen Landtage einige Duzend Stühle für die Vertreter von Arbeiterinteressen freigemacht werden.

Die von uns kürzlich wiedergegebene offiziöse Berichterstattung des „Berliner Volksanzeigers“ hat nur in ihrem ersten Teil, in dem von der Nichtwiedereinbringung der preussischen Wahlrechtsvorlage die Rede ist, den Befall der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ gefunden. Gegen den zweiten Teil, der von dem nicht eingelassenen Versprechen der Thronrede handelt, fährt Herr Dertel aber großes Geschrei auf. Er schreibt:

Wir nehmen nicht an, daß diese Mitteilungen auf unmittelbarer oder mittelbarer Information seitens des Ministerpräsidenten beruhen, sondern daß sie eigene Leistungen eines diplomatischen Redakteurs sind. Die der Ministerpräsident darüber denkt, ob das Versprechen der Thronrede durch das Einbringen der geschätzten Vorlage erfüllt sei oder nicht, wird er wohl kaum jetzt einem Mitarbeiter des genannten Blattes bergelegt haben. Tatsächlich ist übrigens das Versprechen erfüllt.“ (1)

Wie man sieht, hat die konservative Partei, vertreten durch Herrn Dertel, an ihrem geschäftlichen Beruf, Adelige zum Bruch ihrer Eide und Versprechungen zu verleiten, unermüdet fest. Besonders heftig ist nun aber dem Vetter der „Deutschen Tageszeitung“ die im „Volksanzeiger“ zu Tage getretene Auffassung in die Krone gefahren, daß die preussischen Wahlrechtsfrage und den nächsten Reichstagswahlen ein vollständiger Zusammenhang bestehe. Gegen diesen lebensgefährlichen Zusammenhang wehrt er sich nun in den folgenden Ausführungen mit Sünden und Fäulen. Er fährt fort:

„Und weniger können wir glauben, daß Herr v. Bernmann-Sollweg die bevorstehenden Reichstagswahlen in irgend eine innere Beziehung zu der Wiedereröffnung des Wahlrechtsvertrages gebracht haben könnte. Die beiden Fragen haben nichts mit einander zu tun und können nicht mit einander verknüpft werden. Daß der Ministerpräsident seinen Wille, die maßgebenden Parteien im Landtage, welche je nach dem Ausfall der Wahlen ihre Stellung zur Wahlrechtsfrage einnehmen, halten wir für völlig ausgeschlossen. Aber selbst wenn er das hätte, würde er es kaum wagen, weil dadurch die Wahlrechtsfrage gewissermaßen zur Parole für die Reichstagswahlen gemacht würde. Und dazu ist Herr v. Bernmann viel zu klug und viel zu korrekt.“

Man merkt diesen Worten deutlich die schlotternde Angst an, mit der die Junker einer neuen Welle der preussischen Wahlrechtsbewegung vor den Reichstagswahlen entgegensehen. Jetzt, wo schon alles fertig ist, um in den Wahlkampf mit der schönen Sammelparole „Gegen den Umsturz!“ einzutreten, jetzt, wo man den Hansabund glücklich auch schon so weit hat, kann ja den Junkern nichts unangenehmer kommen, als eine Mahnung an jene Aufgabe, die in der Thronrede vom 20. Oktober 1908 „eine der wichtigsten Aufgaben haben der Gegenwart“ genannt worden ist. Was die Wahlrechtsreform in dieser Thronrede heißt, „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“, dazu ist sie von der Sozialdemokratie, von der Arbeiterklasse gemacht worden. Und den bloßen Umsturz-Sammelruf wird laut das Geschrei der Massen überdönen: „Frieden und Mäßigkeit einhalten! Mäßiges Fleisch und Brot! Freiheit in Preußen!“

Graf Ballestrem und der Antrag Kard. v. K.
In einem Nachruf der „Frankfurter Zeitung“ für den verstorbenen früheren Reichstagspräsidenten Grafen Ballestrem wird der Versuch unternommen, den Grafen wegen seiner Zustimmung zum Antrag Kard. v. K. während des Kampfes um den Zolltarif zu entlasten. Es heißt da:

Es war vielleicht die schwerste Stunde seiner Präsidentschaft, als er sich in den berüchtigten Kämpfen um den Zolltarif einschloß, das Präsidium beizubehalten, obwohl er den Kard. v. K. nicht unterstützte, durch den die Opposition der Linken dann niedergeworfen wurde, für einen Reichstagspräsidenten und nach der Geschäftsordnung für unzulässig gehalten hat.

Die „Frankfurter Zeitung“ hatte ihn damals scharf interpelliert und gefragt, warum er sein Amt nicht niederlege. Er sprach mit mir darüber und sagte mir, daß er lange geschwankt und mit sich gekämpft habe. Er bleibe Präsident nur, weil er wisse, daß sein Rücktritt an der Sache nichts ändern würde, und daß die Mehrheit entschlossen sei, sofort einen anderen Präsidenten zu wählen, der natürliches den Kard. v. K. durchzuführen werde. Man merkte ihm an, daß ihm die Sache sehr nahe lag und daß er wohl nicht aus persönlichen Gründen, sondern aus politischen, vielleicht der Partei wegen, an der Spitze des Reichstages bleiben wollte. Er war weicher, als es sonst seine Art war und schloß: „Einem alten Bekannten und Freunde will ich aber kein Fehl daraus machen, daß ich diesen Antrag Kard. v. K. für verfassungsmäßig unzulässig und für eine Gewalttat halte. Ich habe versucht, diese Auffassung zur Geltung zu bringen, es ist mir nicht gelungen.“

Dann war dem damaligen Präsidenten der einzige Weg vorgeschrieben, den er einzuschlagen hatte: er mußte zurücktreten. Auch das Interesse der Partei mußte er dem der eigenen Ueberzeugung unterordnen. Aber man sieht hier wieder das am letzten Ende Unmoralische der Zentrumspolitik und Zentrumsdisziplin.

Die Behandlung von Ausländern in Preußen.
Ein Gegenstück zu dem Fall der galizischen Dienstmagd Claston berichtet das „Neustädter Wochenblatt“. Die Claston war bekanntlich von der schleswig-holsteinischen Polizei acht Monate lang in Haft gehalten worden, weil sie nicht, wie das für ausländische Landwirtschaftliche Arbeiter vorgeschrieben ist — die Claston war, nebenbei bemerkt, gar nicht in der Landwirtschaft beschäftigt —, rechtzeitig im De-

zember das deutsche Reichsgebiet verlassen hatte. In dem neuesten Fall, der allerdings etwas anders liegt, aber inforn dem ersten gleich, als er die Wehrlosigkeit der ausländischen Arbeiter gegen deutsche Polizeiwirkung zeigt, berichtet das Neustädter Blatt:

Herr Schanz hatte zehn russische Polen als Arbeiter im Dienst. Pöbelhaft, im Dezember 1908, kam vom Vondrat die Order, Herr Schanz habe die Leute sofort zu entlassen. Dies geschah, die Russen wurden entlassen, die nötigen Papiere wurden ihnen eingehändigt. Am Morgen nach der Entlassung traf der jetzt pensionierte Polizeiwachmeister K. die Russen auf dem Marktplatz und verhaftete sie. Der eine wurde entlassen, während seine beiden Lebensgenossen, Bednag und Adamal, in Haft blieben und volle drei Monate „gefesselt“ haben. Ein Teil des von den Arbeitern ersparten Geldes wurde zur Deckung der Haftkosten verbraucht. Auf eingelegte Beschwerde kam seitens des Neustädter Polizeiverwalters der Befehl, beide seien russische Polen und sollten, da sie mit der russischen Polizei in Konflikt ständen, über die Grenze deportiert werden; die Unterhandlungen mit den russischen Behörden seien aber regelmäßig sehr langwierig. Es trat sich aber doch, ob zu einer Auslieferung wirklich ein ganzes Vierteljahr notwendig ist, wenn Verbrechen in Frage liegen, wie dies doch — als Grund zu der so prompten Verhaftung — anscheinend der Fall gewesen ist.

Die preussische Polizei fühlt sich also als Mittel der russischen und bringt die fremden Arbeiter nicht nur monatelang um ihre Freiheit, sondern auch um ihre sauer verdienten Groschen. Nebenbei bemerkt, mußte dann auch der frühere „Arbeitgeber“ der beiden Polen noch über 130 Mk. an die Polizei bezahlen als indirekte Haftkosten.

Neuerungen bei der Reichspostverwaltung. Die Reichspostverwaltung beabsichtigt, den Eisenbahndienst in den größeren Städten dahin zu erweitern, daß die Postanstalten auf Fernverkehrs- oder schiffliche oder mündliche Bestellungen Aufträge zur Abholung von Briefsendungen Voten aufschicken, die diese Sendungen unmittelbar anschließend bestellen. Dies wird dem Publikum die gefürchtete unzulässige Briefbeförderung privater Filialen und -Konten (Messenge-Post-Instanzen) ersparen. Außerdem will die Reichspost einrichten, daß gemündliche Briefsendungen bei den Absendern auf Wunsch durch Eilboten gegen 25 Pfg.-Gebühr abgeholt werden können. Beide Neuerungen sind zum 1. April 1911 geplant.

Oberbürgermeister Dr. Kirchner in Berlin soll am Ende sein, so ist in der letzten Zeit verschiedentlich berichtet worden. Die „Nationalzeitung“ erzählt, Herr Kirchner habe selbst bei einer wichtigen Verhandlung erklärt, daß er demnächst einsehende Entschlossenheit seinem Amtsnachfolger überlassen müsse. Aber die werden sich doch wieder wählen lassen?“ wurde ihm geantwortet. Der Oberbürgermeister erklärte darauf mit großer Bestimmtheit: „Bei einer Neuwahl wird es im Jahre 1911, so weit sie meine Person betrifft, nicht kommen, da ich nicht beabsichtige, mich wiederwählen zu lassen.“ Die „Nationalzeitung“ erzählt weiter, das Motiv, welches Dr. Kirchner bewegt, von seinem Posten zu scheiden, sei die Erkenntnis, daß er der übergrößen Last seiner Arbeit nicht mehr gewachsen sei. Ubrigens sei auch Dr. Meide nicht gewonnen, bei der Neuwahl in Verwertung zu treten.

Vom Herkules Krafte. Der Münchener Hofgeistliche, Dr. Johann Helwein, der den Modernisierern der Vorlesung erhaltet. Wie die „Münch. Neue Nachr.“ melden, beantwortete er diese Vorlesung mit dem Antritt aus dem römischen Alexus. Er hat seine Dienste der altkatholischen Kirchengemeinschaft zur Verfügung gestellt.

Die Mitglieder des Bezirkslehrervereins München haben fast durchweg den erbischlichen Erlaß gegen den bayerischen Lehrerverein und die „Bayerische Lehrerschaft“ zurückgewiesen, mit dem Bemerkung, daß die Einmischung in die persönlichen Verhältnisse und Anschauungen zurückgewiesen werde. Eine Protestversammlung findet am Neujahr statt.

Der Kaplan Konstantin Wieland in Laingen a. D. hat die Leistung des Modernisierens der verweigert. In einer im „Neuen Jahrhundert“ veröffentlichten Erklärung legt Wieland die Gründe seiner Weigerung dar und fordert seine Amtskollegen zu gemeinsamer Stellungnahme gegen den Eideschwur auf.

Wien wird das dem widerspenstigen Kleriker nicht viel, befißt die katholische Kirche doch unerschöpfbare Mittel, sündliche Geistes zur Raion zu bringen.

Kaiser Wilhelm-Gesellschaft. Unter diesem Namen wird in der ersten Hälfte des Jahres die vom Kaiser bei den Berliner Universitätsfestlichkeiten angeordnete Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft gegründet werden. Die Wilhelm II. damals mitteilte, sind ihm zu diesem Zweck 10 Millionen Mark übergeben worden.

Flammen.

Roman von Wilhelm Segeler.

(Kochbuch verboten.)

Auch andere Bücher lasen sie, und aus dem schärferen, höheren Leben, das ihnen daraus entgegenbrach, empfanden sie ihr eigenes Dasein erhöht und bereichert. Heller trat ihnen die Zukunft entgegen. In Grabaus regte sich wieder das Hochgefühl von einst, der untrügliche Glaube und die Lust, durch die Kraft seines Wortes Menschen zu gewinnen und auszurichten. Doch wenn sie dann genug gelesen und geplaudert hatten, saßen sie ganz still und gaben sich dem Strom hin, der von einem zum andern ging, dem Strom einer süßen und leuchtenden Freundschaft. Und oft, während Grabaus über Marie Luise hinweg ins Weite schaute, wurde er von tiefem Staunen ergriffen, wenn er sich der allmächtigen Gedanken erinnerte, der dumpfen Bekanntheit, des unbelaßten Habens, wie unbegreiflich neu, neuartig und rein sein Gefühl zu der Geliebten war: so viel Süßigkeit und Entzücken, so viel schimmernde Fülle, die sich doch ganz verwehte mit der friedvollen Freude am Himmelsblau, am lieblichen Tal, an den fern liegenden Schneebergen.

In schroffen Tönen erschob sich das rötliche Gestein des Zäfers mit den tiefen Gruben dazwischen. In ihren Höhlen flüchteten farbige Blumen. Ein reiner Luftstrom wehte von den grünen Werten der Geier hin. Es rührten die beiden aus, von der Sonne bis ins Innere durchdrungen, während keine Mäher sie umspürten. Unausgesprochenes Wohlsein erfüllte sie. Was gewesen war, was sein würde, lag so fern, so fern hinter den blau verdämmerten Höhen. Fraglos und kluglos genossen sie das Glück der vergänglichsten Stunde inmitten der ewigen Felsen, inmitten der Wälder, die heute so heiter blühen und morgen welken.

Eines Abends bekam Grabaus einen langen Brief von seiner Frau. Wenn er deren Handschrift auf einem Kuvert sah, wurde er immer von Wärme und Unbehagen ergriffen. Er überflog nur kurz die erste Seite, bis er sah, daß es allen gut ging.

Erst vor dem Schlafengehen las er den Brief ausführlich. Für ihr Temperament schrieb Frau Konstanze recht vergnügt. Ihre Schwägerin besah sich bei ihr zu Besuch, weil der sie zusammen auf einem sehr netten Sommerloft gewesen war. Wieder die getrockneten Blumen hatten sich die Kinder sehr gefreut, aber daß er dem haben eine Steinanweisung verschrieben hatte, war sehr bedauerlich gewesen. Am Ende er jeden sonnigen Stein von der Straße in seine Tasche, wie er, leider Gottes, überhand ein Vorrecht für den Schatz besaß. Die Aus-

brüche, die er manchmal brauchte, waren einfach nicht zu widerstehen. Auch wurde er alle Tage ungezogener. Es war höchste Zeit, daß ihm der Eigeninn gründlich ausgeleitet wurde. — Der Rest des Briefes bestand aus ziemlich vielen Klatschgeschichten, welche die beiden Damen auf dem Kaffee gesammelt hatten.

Obwohl diese Mitteilungen durchaus nicht beunruhigender Natur waren, erregten sie Grabaus doch sehr. Es war, als wenn aus der Ferne sich wieder eine lange Hand nach ihm ausgereckt hätte, um ihn an seine Tage zu erinnern: wie er entfremdet und doch mit tausend Sorgen gebunden war. Sinter den lockenden und liebenden Gesichten seiner Kinder erblickte er seine Frau. Nicht bloß war ihr gegenüber all sein Gefühl erschollen, sondern der Gedanke an sie rückte ihm Grauen ein, erwiderte die Erinnerung an fürchterliche und erniedrigende Stunden. Und doch war sie die Mutter seiner Kinder, die ihr gehörten so gut wie ihm. Es zog ihn dorthin zurück und trieb ihn von dort fort. Sorgen und dunkles Schuldgefühl, Verantwortung und Sehnsucht mischten sich mit Räte und unüberwindlichem Grauen.

Unruhig stand er auf und setzte sich ans Fenster. Am leuchtenden Himmel schimmerte kein Stern, unbeweglich und fest — das war die Nacht. Aus der Tiefe donnerte das Rauhen des Waches an sein Ohr. Und dumpf tosend rang dazu das Schäumen der in seinem Innern widereinander arbeitenden Kräfte, die wie der Wind tagüber schwebend schwebten, in Wahrheit aber unaussprechlich rauschten und tosten und ihr dunkel wühlendes Werk verrichteten.

Am nächsten Morgen, der von schärferer, windlicher Schwüle war, machten die vier einen Spaziergang zur Ruine Frauenstein, dem Stammsitz des Rittersängers Oswald Wollenstein, der hier den seinen Fahrten ins Vorgebirge, seinen Kurieren und Liebesgängen ausgereicht hatte. Sie legerten sich in der Nähe des verwitterten Gemäuers, am Rand eines von verblühten Alpenrosen überwachten Funges. Ihnen gegenüber wühlte sich der Ritten mit seinen zerstreuten weißen Wägen, und den Talabschlüssen bildeten über dem Randbänken die in düsterem Blau ruhenden Weiber des Orients und der Persien. Mit schilleriger Stimme lag Wolf, ohne daß jemand recht wahrte, aus einer alten Besprechung der Gegend vor, was aber die Schöne des ritterlichen Sängers darin fand, der noch vor dem Ende seiner Tage viel Geld durch Minne hatte erlangen müssen, indem die elterliche Herrin, seine Verwandte noch dazu, ihn wegen eines Erblichkeitsstreits aus seiner Burg gelockt und lange Zeit in einem Verließ hatte einschließen lassen, und fügte dann noch einige Geschichten, die als Proben seiner Kunst ebenfalls angeführt waren, hinzu.

„Wie dieß das letzte?“ fragte Marie Luise plötzlich und beugte sich über das Buch, indem sie ihre Hand auf die Schulter ihres Bruders legte. Dann sagte sie mit einer leinen und fernherklingenden Stimme:

„Abgeleitet mit leichtem Sinn
Singe meiner Adligen,
Wie ich ihr ergeben bin.
Wie mir schon ins Herz laßt
Unsere nächste Liebesnacht.“

„Ist das nicht wunderbar?“ wandte sie sich an Grabaus.

„Ja, wunderbar!“ entgegnete dieser lächelnd und hatte das Gefühl, als wäre wirklich ein kleines Abgeleitet vorübergeflattert, das im frühlichen Flug alle seine traurig gefleckten Gedanken mit fortnahm.

„Aber bitter hat's der arme Kerl haben müssen“, meinte der Major. „So ein feuchtes Verließ war sicherlich eine schreckliche Strafmittel für Gicht und Podagra.“

„Nun dafür ist er auch glücklich gewesen“, erwiderte Marie Luise.

„Namos ist das! Das muß ich auswendig lernen“, sagt Wolf begeistert, und als sie dann bald den Heimweg antraten sang er, felsauf, felsab springend:

„Wie mir schon ins Herz laßt
Unsere nächste Liebesnacht.“

Während des Essens brach ein mächtiges Gewitter los, das alle ans Haus zerrte. Aber Grabaus machte trotz Regen und Sturm einen langen Spaziergang. Ihn freute das Säulen des Windes, das Rauschen und Anfließen der gereinigten Kanen, das Stehen der Wasserfluten, die ihn bis auf die Haut durchschüttelten. Während braune Fische von den Falden sprangen und Schutz und Schlamm mit sich rissen, dachte er, es möchte auch so der brüllende Unmut und die schwarze Sorge von seiner Seele gewaschen werden. Und tatsächlich wurde ihm ein wenig woblter und leichter zumut. Doch in allem Sturm, im Knattern und Grollen des Donners rang das kleine Lied in ihm fort — dieses Lied aus einer andern, freien, frohlichen Welt. Wie eine Sturmschwabe tolgte es sich über den aufgeschüttelten Tiefen seiner Seele, mit zwitscherndem Rachen, lebhaftig lodend. Als er nach Hause kam, war er der alten Stimmung lebendig und wurde von neuen befruchtet.

Dem grauen Abend folgte eine stürmische Nacht und ein noch graverer Morgen. Nach dem Tee, den man nachmittags auf Marie Luises Zimmer genommen hatte, begaben der Major und Wolf sich wieder an ihre Arbeit. Sie waren dem schlechten Wetter noch nicht mal so gram, da sie dadurch Zeit fanden, ihre Schuhe zu ordnen.

(Fortsetzung folgt.)

anderem hat sich eine Reihe weiterer Verbindlichkeiten und Institutionen bereit erklärt, namhafte Beiträge zu leisten.

Uring Weg und die sächsischen Minister. Im „Dresdner Journal“, dem sächsischen Regierungsblatt, erschien vor kurzem eine amtliche Erklärung, daß die sächsische Regierung in den Konflikt des Uring Weg mit dem Vatikan nicht eingetreten habe, da es sich um eine rein persönliche Angelegenheit handle. Jetzt erklären die sächsischen Staatsminister, daß diese amtliche Kundgebung ohne ihre Mitwissen und Willen erfolgt sei, sie hätten davon erst erfahren, als die Erklärung in der Zeitung stand. Der sächsische Bischof Schaefer soll auf eigene Faust seine Erklärung erlassen haben. Man glaubt, dieser Kompetenzkonflikt werde noch weitere Folgen haben.

Das verschleierte Kolonialamt. Die Revolte auf der Insel Ponape datiert bereits vom 18. Oktober. Die Insel hat eine Drahtverbindung nach irgend einer Richtung hin nicht, woraus es sich erklärt, daß die Meldung vom Ausbruch der Revolte nur verspätet nach Deutschland gelangen konnte. Es steht aber fest, daß die Nachricht dem Gouverneur von Neu-Guinea, Dr. Ohlwald, am 30. November bekannt war und ein oder zwei Tage später war ganz bestimmt auch das Kolonialamt unterrichtet. Trotz alledem hat man der Öffentlichkeit erst dann Mitteilung gemacht, als ein Privat-Telegraphenbüro die Nachricht von der Revolte verbreitet hatte. Fast scheint es so, als ob man Bedenken getragen hätte, eine solche Mitteilung der Öffentlichkeit zu übergeben in dem Moment, in dem der Reichstag versammelt war. Das „Berliner Tageblatt“ weist denn auch darauf hin, daß man im Kolonialamt anscheinend beabsichtigt war, dem Reichstage erst dann Mitteilung zu machen, wenn die ganze Angelegenheit wieder beigelegt gewesen wäre. Daß die Reichsregierung von dem Vorkommnisse längst Kenntnis hatte, geht übrigens auch daraus hervor, daß bereits „Leipziger Post“ und „Kreuzer“ nach Ponape beordert worden sind, die mitzuteilen auch dort eintrafen. Gegen eine solche Geheimhaltung muß ganz entschieden Einspruch erhoben werden.

Auf der ganzen Inselgruppe, die unter der Bezeichnung Ost-Karolinen zusammengefaßt wird, wohnen im Jahre 1908/09 78 Welke, davon 54 auf der Insel Ponape. In einer amtlichen Denkschrift die dem Reichstag über die Kolonien wie jedes Jahr so auch dieser ausgingen ist, wird über die Ost-Karolinen berichtet. Nach diesem Bericht erfüllt die Insel in fünf Landbesitzern, die durch fünf von einander unabhängige Familienstämme beherrscht werden. Diese Stammesherren beanspruchen das Eigentum an Grund und Boden und geben diese ihren Untertanen als jederzeit widerrufliches Lehen. Die deutsche Regierung hat in diesem Zustand eine Veränderung angestrebt und teilweise auch durchgeführt, um die Eingeborenen aus der Abhängigkeit zu befreien. Die Vorschläge des Reichstages waren folgende:

1. Die leibherrlichen Lehensträger werden freies Eigentum der Lehensträger, jede Erbschaftssteuer wird aufgehoben. 2. Die leibherrlichen Lehensträger, d. h. alle arbeitsfähigen Männer zwischen 16 und 45 Jahren, mit Ausnahme der leibherrlichen Lehensträger, arbeiten als Entgelt für die Lehensträger jährlich 15 Tage unentgeltlich für das Reichsamt. 3. Von diesem Arbeitsvertrage, in dem auch die Lehensträger unter Zustimmung eines Tagelöhners von einer Mark, erhalten die leibherrlichen Lehensträger die Hälfte als Entschädigung für ihren Verzicht auf Lehenstrahl und Tribut.

Drei Landbesitzer haben sich nach dem amtlichen Bericht freistellig mit dieser Regelung einverstanden erklärt, die anderen zwei Landbesitzer haben widersprochen und darin scheint in der Hauptsache der Grund für den Aufstand zu liegen.

Ausland

Eine Massendemonstration in Sofia.

Aus Sofia wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Die seit Jahren dauernde Steuererhöhung, die jährlich sich vermehrende Steuerbrut und die fortwährende Minderhaltung der Forderungen der Arbeiterklasse durch die bulgarischen Regierungen aller Schattierungen haben in der Arbeitermasse einen tiefen Groll erweckt, der seine entsprechende machtvolle Äußerung suchte.

Die Arbeiter Bulgariens haben keinen Vertreter im Parlament und sie können ihre berechtigten Forderungen in demselben nicht zur Debatte bringen. Sie haben daher den Weg des öffentlichen Protestes sehr oft betreten und Delegationen zu den respektiven Ministern geschickt, um über ihre Forderungen eine amtliche Antwort zu bekommen. Dieses Mittel hat sich in der Tat als sehr wirksam erwiesen, einerseits um auf die Regierungen einen Druck auszuüben und andererseits um die unferne Agitation noch fernstehenden Arbeitern tiefer aufzuklären. Von allen öffentlichen Kundgebungen aber hat sich eine sehr wirksam gezeigt, nämlich die Massendemonstration vor dem Parlament während seiner Tagung.

Die erste Massendemonstration vor dem Narodno Sobranie haben wir im Dezember 1905 gehabt. Der damalige sozialistische Minister, der nachher ermordete Petkoff, hat der Arbeiterklasse einige gesetzliche Schutzmaßnahmen versprochen, von denen einige verwirklicht wurden. Aber mit dem Einsetzen der Reaktion, die jenes Ministerium kurz nachher angetreten hat, wurden auch die Bestimmungen dieser Schutzregeln nicht mehr beachtet, es wurden sogar neue reaktionäre Gesetze gegen die Arbeiterklasse geschaffen. Mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch das gegenwärtige demokratische Kabinett Malloffs wurden zwar einige dieser reaktionären Gesetze abgeschafft, aber die öffentlich versprochenen Reformen blieben aus und sogar die wichtigsten Arbeiterschutzmaßnahmen der früheren Gesetze blieben ohne Anwendung.

Die äußeren politischen Verwicklungen am Balkan haben uns in den letzten Jahren ein Hindernis nach dem anderen bereitet und es erschwerte, die volle Aufmerksamkeit und die ganze Kraft der bulgarischen Arbeiterklasse auf einen mächtigen Protest zu konzentrieren. Im vorigen Jahre haben wir eine Aktion im ganzen Lande eingeleitet, um die notwendig gewordenen politischen und sozialen Reformen der Regierung abzurufen. Teilweise hatten wir auch einen kleinen Erfolg, da die Regierung einige hundert Tausend Frank für die Verbesserung der Lage der Eisenbahnarbeiter, der Volksschullehrer und Staatsangestellten bewilligt hatte; aber für die Arbeiterklasse in den Privatbetrieben wurde soviel nichts geleistet.

Um unsere Aktion in diesem Jahre noch wirksamer zu gestalten, haben die Zentralkomitees der Partei und Gewerkschaften einen Protest ausgearbeitet, der der Arbeiterklasse im ganzen Lande zum Unterschreiben vorgelegt wurde. Dieser Protest sollte von einer Arbeiterdelegation dem Präsidenten der Narodno Sobranie und dem Ministerpräsidenten an einem bestimmten Tage überreicht werden. Es wurden zahlreiche Protestversammlungen in den Provinzstädten und Ortschaften abgehalten, auch wurde in den Werkstätten für den Protest agitiert. Das Resultat war ein ungemein betrübendes. Während wir vor einigen Jahren kaum 5000 Arbeiter zum Unterschreiben unserer Forderungen bewegen konnten, haben sich dieses Jahr mehr als 16.000 Arbeiter unterzeichnet. Unsere Gewerkschaften zählten voriges Jahr 4000 Mitglieder, so daß das Ergebnis dieser Agitation das Vierfache unserer organisierten Arbeiterkraft war.

Ueber den glänzenden Verlauf der Demonstration haben wir bereits kurz berichtet. Die gelungene Aktion gibt uns die Substanz, daß es auch mit der sozialistischen Arbeiterbewegung in Bulgarien rüstig vorwärts gehen wird!

Aus der Duma. Russen im Auslande. Die Reichsduma berichtet über den von 16 Oskobisten gestellten Antrag, den Minister des Innern wegen der Ausweisung russischer Unterthanen aus dem Gebiet Mährisch-Odrau zu interpellieren. Die Nationalisten schlagen vor, einer Kommission zur Verurteilung des Antrages bis zum 14. Februar zu geben. Balachoff

(Nationalist) was darauf hin, daß die Ausweisung von 16 Russen kein Einzelfall sei. Die russische Regierung seien wegen der drei Einzelfälle, die unter der Regierung des Reichstages verurteilt wurden, wie gemeine Verbrecher ins Exil geschickt worden. Nur mit größter Mühe und noch Genehmigung des Reichstages sei ihre Freilassung gelungen. So die Vorrede ist den aufgeweckten Oskobisten Handlungen der Reichsduma gegenüber. Welche eine solche Planmäßigkeit, so mühe auch Russland erwidern, ob ein Aufenthalt von Desterreichern in Russland wünschenswert sei. (Kosloff) Polzeleff (Socialist) drückte sein Verwundern aus, daß die Frage nicht auch auf die Russen in Deutschland ausgedehnt werde. Schließlich wurde der Antrag der Nationalisten angenommen.

Das neue Volkshaus im Züricher Arbeiterbezirk ist am 18. Dezember feierlich eingeweiht worden. Der Festredner, Genosse Robert Seidel, teilte in seiner Ansprache mit, daß die Vorarbeiten seit 1898 betrieben worden sind. Die Kosten des Baues, der auf einer Stiftung und einem Volksbauverein ruht, betragen 900.000 Franken, wozu die Gemeinde, einschließlich des Pauschalzins, 250.000 beigesteuert hat. Ein hypothekarisches Darlehen gab die Kantonalbank. In dem Gebäude, dem wegen Mangels an Mitteln noch der große Veräußerungs- und Theateraal fehlt, liegen die Bureau und Sitzungssäle der Gewerkschaften, die Bibliothek nebst Lesaal des Volkshaus-Vereins und eine große, vom Frauenverein für Mühseligkeit und Volkswohl betriebene alkoholfreie Wirtschaft. Der Festredner führte aus, daß neben einigen wohlhabenden Spendern der Volksbauverein (siehe der für Vertrieb und Zinsen fremde noch Opfer zu bringen habe. So groß das Volkshaus auch ist, so ist es doch schon fast zu klein, und es ist nicht vollendet. Es fehlt ihm der große Saal, der erst dem ganzen Werk die Krone aufsetzt. Erst wenn die Arbeiterhäuser ihre Beratungen und Feste nicht mehr in Verwaltschaft abhalten müssen, sondern dazu das alkoholfreie Volkshaus benutzen kann, erst dann ist das alkoholfreie Volkshaus als Kampf- und Erziehungsanstalt gegen den Alkohol vollendet. Volkshaus und Volksvereine — die müssen frei werden von der alten Sauftrunkenheit und vom entehrenden Bier- und Weinrausch. Dann werden sie ein Segen für das ganze Volk sein und nicht, wie heute, ihr viele zum Fluche werden!

Wann werden wir in Breslau ein neues Volkshaus eröffnen können?

Portugal und die deutschen Jesuiten. Der Protest Deutschlands gegen die von der Lisboner Regierung verhängte Ausweisung der deutschen Jesuiten aus den portugiesischen Kolonien hat soeben an neuen Wendungen in dem portugiesischen Kabinett erfahren. Es soll festgestellt werden, daß die bisher in den Missionen tätigen Jesuiten durch andere deutsche Missionare ersetzt werden. Es soll eine angemessene Frist zur Durchführung dieser Kolonialauswechslung einverleibt werden, und es sind auch alle Maßnahmen getroffen, um bei der Durchführung des Ausweisungsbefehls jede Gewalttätigkeit zu vermeiden.

Türkische parlamentarische Unentschieden. Die Unentschieden innerhalb der Komiteepartien nimmt täglich zu. Ein Teil der unglücklichsten Abgeordneten, darunter diejenigen, die sich nützlich bei der Abstimmung über das Mistrakensystem für das Kabinett der Abstimmung enthielten, verlangen eine Untersuchung des Falles Hissa Hissi und eine Interpellation über die Unterdrückung der Zeitung „Jum Turc“; ein anderer Teil wiederum geht mit dem Kabinett durch und hält es. Der Großherr droht mit seiner Demission. Der Konflikt ist durch den vorgeschlagenen Wortwechsel in der Kammer zwischen dem Jungtürken Hissa Hissi und dem Minister des Innern Talat noch beunruhigender geworden denn falls Hissa Hissi, wie der Minister des Innern Talat verlangt, aus dem Kabinett ganz ausgeschlossen wird, wollen ihm über 20 Abgeordnete, die hinter ihm stehen und zum Teil als Abgeordnete bestehen, sofort folgen. Das Komitee beschloß im Prinzip, daß ein Ministerwechsel eintreten solle, ohne aber Einzelheiten festzusetzen. Ein bemerkenswertes Merkmal der Lage ist die wieder sehr deutlich wahrnehmbare Einmütigkeit von Offizieren in der Politik, was aber wiederum nur auf die Hella steigende Unzufriedenheit der Armee mit dem Kabinett zurückzuführen ist. Aus Monastir und Saloniki sind vier bekannte Offiziere in geheimer Mission hier eingetroffen.

Ein Ausschrei der Regier. Die Gesellschaft für den Fortschritt der Araber hat einen Aufruf an England und das Abtrünnige Europa“ erlassen, in dem sie gegenüber den Versuchen, die Lage der Regier in vollstem Lichte zu schildern, die Tatsachen feststellt und die moralische Unterdrückung Europas anzeigt. Sie legt dar, daß den ehemaligen Sklaven das Wahlrecht, ihre einzige Waffe, mit Gewalt und Gewalt genommen wurde. In acht Staaten besitzen selbst Regier mit akademischer Bildung das Wahlrecht nicht, das selbst die unwillkürlichen Weisen ausüben. In einem Menschenalter hatten die 600 Millionen Dollars Vermögen erworben und zu dreieihntel Teilen und Schreiben verloren. Jetzt werden die für Regier zu len bestimmten Gelder anders verthan, so daß nur jedes dritte farbige Kind, trotz großer Opfer für Privatschulen, Unterricht empfangen kann. Auch sonst überall Zurückhaltung. Man zwingt sie, in den unglücklichsten Stadtteilen zu wohnen, um dann die „Kasse“ für die große Stabilität verantwortlich zu machen. „Für gleiche Arbeit werden wir schlechter bezahlt. Dennoch greift man uns wegen unserer niedrigen Lebenshaltung an. Die Hälfte der Gewerkschaften nimmt keine Regier an, auf der anderen Seite schließt sie die Schwarzarbeiter ein. In den Städten sind unsere Frauen vogelfrei, hinterher aber werden sie als feile Dirnen bezeichnet. . . . Wir schimpfen aber ist die Rechtslosigkeit.“ In den letzten 25 Jahren wurden 25 Regier in aller Öffentlichkeit abgesetzt. Im ganzen Süden verlor die Rechtslosigkeit nicht den Zweck. Verbrechen gegen die Regierbildung und innerhalb derselben zu verhindern und den von dem gerade Wege abgewichenen Schwarzarbeitern zu helfen, sondern zielt darauf ab, dem Nachgefolgten Genüge zu tun und die Regier zu eliminieren.“

Sereische Bilder aus dem „Freiheitskämpfer“!

Minister dürfen nicht die Wahrheit sagen.

Herr Delbrück, der Staatssekretär des Innern, hat es trotz seiner Danziger Oberbürgermeister-Vergangenheit sehr schnell gelehrt, nach der Weise der Junier und Scharfmacher zu tanzen. Er gibt sich jedoch der irrigen Auffassung hin, ein Minister, der den herrschenden Mächten in jeder Weise ihren Willen tut, dürfe dafür auch gelegentlich ganz bescheiden seine eigene Meinung sagen. Er hat den Arbeitersekretären, wie ihm befohlen war, mit allen Kräften die Tür zu den Arbeitskammern zugehalten, er hat aber bei dieser Gelegenheit die Ausgeschlossenen nicht nach der üblichen Terminologie der Scharfmacher beschimpft und verleumdet, sondern im Gegenteil ihre guten Eigenschaften in warmen Worten anerkannt. Er muß es sich daher gefallen lassen, daß er jetzt von den „Hamburger Nachrichten“ in folgender Weise angefaßt wird:

Wir halten dieses Lob der Arbeitersekretäre aus dem Munde des Stellvertreters des Reichstages für einen bedauerlichen und folgenschweren Mißgriff. Wenn man die Arbeitersekretäre als unentbehrlich für die Arbeiter hinstellt, dann darf man logischer Weise den Gewerkschaften in schließlicher der gesamten Sozialdemokratie, eine solche Lob nicht vorenthalten. Und ob ein sächsischer Minister die sozialdemo-

kratische Bewegung „propädisch“ nennt und ein anderer Staatsmann meint, er möchte die Sozialdemokratie im Landtage seines Staates nicht in den, oder ob der Staatssekretär des Innern und Vertreter des Reichstages sich in fast begrenzten Redebeiträgen über die Arbeitersekretäre im besonderen und das ganze Institut im allgemeinen ergeht, das bleibt sich ziemlich gleich. Alle diese Äußerungen haben dieselbe, die Sozialdemokratie fördernde und den Kampf gegen die republikanische Partei lähmende Wirkung.

Die Worte, die dem Stellvertreter des Reichstages diese Scharfmacherfrage eingetragen haben, gewinnern durch die Opposition, die sie finden, erhöhte Bedeutung. Wir wiederholen sie daher nochmals im Wortlaut des amtlichen Stenogramms. Der Minister sagte:

Ich gehöre gewiß nicht zu denjenigen, die eine unrichtige Vorstellung von der Tätigkeit der Arbeitersekretäre haben, und ich weiß ganz genau, daß sie, so wie sie sich bei uns entwickelt haben, eine, ich möchte sagen unentbehrliche Institution geworden sind. . . . Meine Herren, Sie alle kennen die Tätigkeit der Arbeitersekretäre aus der Tätigkeit in den Kommissionen dieses Hauses und Sie werden alle wissen, daß sie uns dort mit ihrer Sachkunde wertvoll und angenehme Mitarbeiter sind. Sie wissen ferner, daß die Arbeitersekretäre die Berater der Arbeiter sind bei all seinen Worten durch die manchmal komplizierten Fragen unserer sozialpolitischen Gesetzgebung, daß sie seine Rechte vertreten vor den Behörden, daß sie seine Rechte vertreten vor allen Dingen aber in allen demjenigen Fällen, in denen der Arbeiter Rechtsansprüche auf Grund der sozialpolitischen Gesetzgebung zu verfolgen hat, daß sie seine Anwälte sind, insbesondere auch vor den Schiedsgerichten und dem Reichsversicherungsamt. Sie beraten die Arbeiter, sie führen in diesen Verhandlungen, sie bringen aber auch die Forderungen, die in diesen Verhandlungen gestellt werden, meist formuliert mit, und sie nehmen mit den Äußerungen, die sie sich auf diese Weise haben lassen, ins Hand, hier in den Reichstag und in die Landtage der Bundesstaaten. . . . Ich habe die Freude, die Herren aus einem großen Teile hier zu sehen, sie auch gelegentlich zu mitkommen lassen.

Das ist zwar alles wahr, aber die „Hamb. Nachr.“ haben von ihrem Standpunkt aus ganz recht, wenn sie meinen, der Staatssekretär hätte es nicht sagen sollen. Wobin soll es denn mit den Junkern und Scharfmachern kommen, wenn solche Sitten bei uns einreißten, daß selbst ein Minister gelegentlich einmal die Wahrheit sagt? Herr Delbrücks Rede enthält sogar eine indirekte Aufweckung gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht, das den Arbeitervertretern den Weg in den Landtag des größten Bundesstaates nach Möglichkeit verperert und eine vernichtende Kritik jenes Regierungsvorschlags zur Reichsversicherungsordnung, der „die Herrschaft der Sozialdemokratie in den Krankenkassen brechen“, mit anderen Worten die von Herrn Delbrück so begeistert gepriesenen Arbeitervertreter aus ihren auf das Vertrauen der Kammermitglieder gegründeten Stellungen hinauswerfen will. Delbrück! Delbrück!

Die wenigen, die was davon erkannt, Die irdisch genug ihr volles Herz nicht wahrten, Hat man nun je gekennnt und verbrannt.

Partei-Angelegenheiten.

Parteiwahlen. Die bürgerliche Presse weiß aus dem Ort zu melden: In Halle im Saale haben die Sozialdemokraten bei einer durch die Bildung einer zweiten selbständigen Partei notwendig gewordenen Wahl eines Parteitages den bisherigen Sekretär des Bezirks, der sich bei den Sozialdemokraten verhaftet gemacht hatte, Niemand, durch ihre Beteiligung an der Wahl zu Fall gebracht und an seiner Stelle einem Parteitags die Weisheit verschafft.

Arbeiterbewegung.

Die Scharfmacher an der Arbeit. Der Verein der schwebischen Schuhwarenfabrikanten hat beschlossen, daß alle Mitglieder des Vereins ihre Arbeiter am 2. Januar 1911 ausspannen sollen. Ungefähr 5000 Arbeiter werden von dieser Maßregel betroffen.

Achtung, Dresdler! Durch Nachrechnungen ist es bei der Firma Wachtel in Neustadt a. D. zu Differenzen gekommen. Zugunsten von Dresdler ist festgestellt.

Staat einer gelben Wahlmache. Von der eigentlichen Wahl der Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der Firma Seidel u. Naumann in Dresden berichteten wir kürzlich. Es mußte eine in ungeleglicher Weise von dem Profiteur der Firma, der Vorsitzende der Kasse ist, Stadtrat Naumann, vorgenommene Wahl für ungültig erklärt werden, weil sie vor dem die Wahlversammlung angelegten Zeitpunkt schon beendet war. Auf 500 Arbeiter der Firma unterzeichneten einen Protest an die Betriebskrankenkasse gegen die Willkür der Wahl. Eine dieser Proteste beantwortet wurde, sagte der Vorsitzende eine neue Wahl an. Es waren circa 1800 Arbeiter erschienen. Die Gelben und ihre Scharmache die Beiratsleitung, hatten natürlich alles aufgeboten, um die überdrüssige Niederlage zu verhindern. Es wurden dem Ratliche Meister und Konstantin herangezogen, es wurden besonders leicht kennliche „gelbe“ Wahlzettel ausgegeben, die Wahlhandlung fand in der Weise statt, daß die einzelnen Wähler auf einem Zettel, an dem Wahlzettel traten und den Zettel abgeben mußten. Unter der einzigen Wahlurne stand der Vorsitzende und seine Leute. Das hat aber alles nichts genützt. Die Mitte der drei organisierten Arbeiter wurde mit 618 gegen 440 Stimmen gewählt und die Wahl hat vor aller Welt die Ohnmacht der Gelben erwidert.

Was sozialistischer Rechtswort? Die Versicherungsgesellschaft „Friedrich-Wilhelm“. Die Versicherungsgesellschaft „Friedrich-Wilhelm“ in Berlin scheint den am 1. April 1911 in der „Billa“ folgen zu wollen. Auch ihre Angestellten erkennen immer klarer die Bedeutung der Organisation und treten dem Verband der Bureauangestellten (Berlin KD 43) bei. Die Direktion glaubt durch Entlassung von Angestellten, die ihr Verbandsmitglied sind, auf die Abgrenzung abgrenzen zu können. Sie hat indes bei ihrer Subdirektion Leipzig einen Akquisitor entlassen. Die Angestellten tennzeichnen diese Entlassung als eine ungewöhnliche Maßregelung. Die in Braukau abgehaltene Versammlung der sächsischen Angestellten sah auf Wunsch des Entlassenen von Gegenmaßnahmen ab; einmütig protestierte sie aber gegen jeden Angriff auf das gesetzliche Verbandsrecht der Angestellten und machte der Direktion bekannt, daß die Angestellten fest entschlossen sind, jeden weiteren Angriff auf ihre Angehörigen zum Gegenstand der Gegenmaßnahmen zu machen. Die Direktion der „Friedrich-Wilhelm“ wird kein Verlangen haben, nach einer Probe auf's Gerate, wird sich aber von der „Billa“ betreiben lassen können, daß solche W-Ärger und Ungerechtigkeiten recht unantastbar sind.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftsbund.
 Donnerstag, den 29. Dezember:
 Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Vortragsabend
 von 8 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7.
 Freitag, den 30. Dezember:
 Arbeiter-Sänger-Vereinigung. Generalprobe zum „Schlesischen Abend“.
 Sonnabend, 31. Dezember:
 Sozialdemokratischer Verein. Silvester-Fest.
 „Kleberfest Freie“. Silvester-Fest. Zimmer 2.
 Sonntag, den 1. Januar 1911:
 Arbeiter-Sänger-Vereinigung. Schlesischer Abend. Nach dem
 Tausch Kuchen.
 Kriegerverein. Mittwochs 10 Uhr: Versammlung. Wirtshaus-Rummer.
 Arbeiter. Vormittags 10 Uhr: Versammlung. Zimmer 3.
 Mittwoch, den 4. Januar:
 Arbeiterverband. Abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung im
 Saal.
**Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-
 Neumarkt.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß vom 1. Januar 1911 die
 neue Verfassung in Kraft tritt. Die Verfassung erhalten
 vom Vorsitzenden die Verzeichnisse aufgestellt, die den Mitgliedern
 ins Buch einzulegen sind. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen,
 daß zum Abschluß jedes Mitglied im Besitz von zwei Wahl-
 scheinchen à 10 Pf. sein soll. Der Vorstand.
 Landstrasse 15 (früher 9). Sonntag, den 1. Januar
 1911, Vormittags 10 Uhr, bei Laube in Klein-Tschansch. Aufhe-
 rung der Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die neue
 Verfassung. 2. Vereinskassenberichten.

Brieg. Arbeiter-Verband. Jeden Sonnabend
 Abends bei Herr. Mühlhahn. Abends von 5-7 Uhr. Auf-
 nahme neuer Mitglieder.
Brieg. Fabrikarbeiter-Verband. Bureau und Arbeitsnach-
 weisung. Jeden Sonntag jeden Sonnabend Tagabend.
 Das Verzeichnis für Fabrikarbeiter ist wie bisher bei Reichelt.
Strehlen. Gewerkschaftskartell. Dienstag, den 3. Ja-
 nuar, Abends 7 Uhr: Sitzung bei Hoffmann. Die aller-
 ersten die neu gewählten Delegierten haben zu erscheinen.
Landeshut. Gewerkschaftskartell. Dienstag, den 3. Ja-
 nuar, Abends 8 Uhr, in der „Sonne“ Kombinierte Sitzung
 der Kartelldelegierten, des Vorstandes des Wahlvereins und de-
 r gewerkschaftlichen Arbeiter-Tagesordnung. Der Vorstand.
Wagnitz. Metallarbeiter-Verband. Montag, den 2.
 Januar, vormittags 8 Uhr: Sitzung der Vertrauens-
 männer. Abends im Arbeiter-Saal.
Neustadt O.S. Gewerkschaftskartell. Sonnabend, den
 31. Dezember, Abends 8 Uhr: Silvesterfeier.

Veränderungen der wöchentlichen Markt-Notierungen-Kommission.
 Pro 100 Kilogramm

	alte	neue	alte	neue	alte	neue
Weizen	18.20	18.20	18.20	18.20	17.20	16.20
Gerste	14.20	14.20	14.20	14.20	13.20	12.20
Hafer	12.20	12.20	12.20	12.20	11.20	10.20
Malz	15.20	15.20	15.20	15.20	14.20	13.20
Erbsen	16.20	16.20	16.20	16.20	15.20	14.20
Bohnen	17.20	17.20	17.20	17.20	16.20	15.20
Linsen	18.20	18.20	18.20	18.20	17.20	16.20
Wicken	19.20	19.20	19.20	19.20	18.20	17.20
Senf	20.20	20.20	20.20	20.20	19.20	18.20
Rüben	21.20	21.20	21.20	21.20	20.20	19.20
Kartoffeln	22.20	22.20	22.20	22.20	21.20	20.20
Wassermelonen	23.20	23.20	23.20	23.20	22.20	21.20
Äpfel	24.20	24.20	24.20	24.20	23.20	22.20
Birnen	25.20	25.20	25.20	25.20	24.20	23.20
Pflaumen	26.20	26.20	26.20	26.20	25.20	24.20
Kirschen	27.20	27.20	27.20	27.20	26.20	25.20
Nüsse	28.20	28.20	28.20	28.20	27.20	26.20
Walnüsse	29.20	29.20	29.20	29.20	28.20	27.20
Haselnüsse	30.20	30.20	30.20	30.20	29.20	28.20
Macis	31.20	31.20	31.20	31.20	30.20	29.20
Vanille	32.20	32.20	32.20	32.20	31.20	30.20
Ingwer	33.20	33.20	33.20	33.20	32.20	31.20
Koriander	34.20	34.20	34.20	34.20	33.20	32.20
Majoran	35.20	35.20	35.20	35.20	34.20	33.20
Thymian	36.20	36.20	36.20	36.20	35.20	34.20
Salbei	37.20	37.20	37.20	37.20	36.20	35.20
Rosmarin	38.20	38.20	38.20	38.20	37.20	36.20
Lavendel	39.20	39.20	39.20	39.20	38.20	37.20
Essig	40.20	40.20	40.20	40.20	39.20	38.20
Essigessenz	41.20	41.20	41.20	41.20	40.20	39.20
Essigalkohol	42.20	42.20	42.20	42.20	41.20	40.20
Essigsäure	43.20	43.20	43.20	43.20	42.20	41.20
Essigwasser	44.20	44.20	44.20	44.20	43.20	42.20
Essigöl	45.20	45.20	45.20	45.20	44.20	43.20
Essigspiritus	46.20	46.20	46.20	46.20	45.20	44.20
Essigessenzalkohol	47.20	47.20	47.20	47.20	46.20	45.20
Essigsäurealkohol	48.20	48.20	48.20	48.20	47.20	46.20
Essigwasseralkohol	49.20	49.20	49.20	49.20	48.20	47.20
Essigölalkohol	50.20	50.20	50.20	50.20	49.20	48.20
Essigspiritusalkohol	51.20	51.20	51.20	51.20	50.20	49.20
Essigessenzalkoholalkohol	52.20	52.20	52.20	52.20	51.20	50.20
Essigsäurealkoholalkohol	53.20	53.20	53.20	53.20	52.20	51.20
Essigwasseralkoholalkohol	54.20	54.20	54.20	54.20	53.20	52.20
Essigölalkoholalkohol	55.20	55.20	55.20	55.20	54.20	53.20
Essigspiritusalkoholalkohol	56.20	56.20	56.20	56.20	55.20	54.20
Essigessenzalkoholalkoholalkohol	57.20	57.20	57.20	57.20	56.20	55.20
Essigsäurealkoholalkoholalkohol	58.20	58.20	58.20	58.20	57.20	56.20
Essigwasseralkoholalkoholalkohol	59.20	59.20	59.20	59.20	58.20	57.20
Essigölalkoholalkoholalkohol	60.20	60.20	60.20	60.20	59.20	58.20
Essigspiritusalkoholalkoholalkohol	61.20	61.20	61.20	61.20	60.20	59.20
Essigessenzalkoholalkoholalkoholalkohol	62.20	62.20	62.20	62.20	61.20	60.20
Essigsäurealkoholalkoholalkoholalkohol	63.20	63.20	63.20	63.20	62.20	61.20
Essigwasseralkoholalkoholalkoholalkohol	64.20	64.20	64.20	64.20	63.20	62.20
Essigölalkoholalkoholalkoholalkohol	65.20	65.20	65.20	65.20	64.20	63.20
Essigspiritusalkoholalkoholalkoholalkohol	66.20	66.20	66.20	66.20	65.20	64.20
Essigessenzalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	67.20	67.20	67.20	67.20	66.20	65.20
Essigsäurealkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	68.20	68.20	68.20	68.20	67.20	66.20
Essigwasseralkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	69.20	69.20	69.20	69.20	68.20	67.20
Essigölalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	70.20	70.20	70.20	70.20	69.20	68.20
Essigspiritusalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	71.20	71.20	71.20	71.20	70.20	69.20
Essigessenzalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	72.20	72.20	72.20	72.20	71.20	70.20
Essigsäurealkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	73.20	73.20	73.20	73.20	72.20	71.20
Essigwasseralkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	74.20	74.20	74.20	74.20	73.20	72.20
Essigölalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	75.20	75.20	75.20	75.20	74.20	73.20
Essigspiritusalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	76.20	76.20	76.20	76.20	75.20	74.20
Essigessenzalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	77.20	77.20	77.20	77.20	76.20	75.20
Essigsäurealkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	78.20	78.20	78.20	78.20	77.20	76.20
Essigwasseralkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	79.20	79.20	79.20	79.20	78.20	77.20
Essigölalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	80.20	80.20	80.20	80.20	79.20	78.20
Essigspiritusalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	81.20	81.20	81.20	81.20	80.20	79.20
Essigessenzalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	82.20	82.20	82.20	82.20	81.20	80.20
Essigsäurealkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	83.20	83.20	83.20	83.20	82.20	81.20
Essigwasseralkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	84.20	84.20	84.20	84.20	83.20	82.20
Essigölalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	85.20	85.20	85.20	85.20	84.20	83.20
Essigspiritusalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	86.20	86.20	86.20	86.20	85.20	84.20
Essigessenzalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	87.20	87.20	87.20	87.20	86.20	85.20
Essigsäurealkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	88.20	88.20	88.20	88.20	87.20	86.20
Essigwasseralkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	89.20	89.20	89.20	89.20	88.20	87.20
Essigölalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	90.20	90.20	90.20	90.20	89.20	88.20
Essigspiritusalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	91.20	91.20	91.20	91.20	90.20	89.20
Essigessenzalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	92.20	92.20	92.20	92.20	91.20	90.20
Essigsäurealkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	93.20	93.20	93.20	93.20	92.20	91.20
Essigwasseralkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	94.20	94.20	94.20	94.20	93.20	92.20
Essigölalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	95.20	95.20	95.20	95.20	94.20	93.20
Essigspiritusalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	96.20	96.20	96.20	96.20	95.20	94.20
Essigessenzalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	97.20	97.20	97.20	97.20	96.20	95.20
Essigsäurealkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	98.20	98.20	98.20	98.20	97.20	96.20
Essigwasseralkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	99.20	99.20	99.20	99.20	98.20	97.20
Essigölalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkoholalkohol	100.20	100.20	100.20	100.20	99.20	98.20

Am 2. d. Mts. früh 1 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet
 nach Unizack-fall mein guter Bruder, unser Enkelsohn, Schwager,
 Onkel und Neffe, der **Tüpfelkelle**
Paul Pietsch
 im flüchtigen Alter von 18 Jahren 10 Monaten.
 Des ruhe im Namen aller Hinterbliebenen schmerz erfüllt an
Max Pietsch als Bruder, nebst Hinterbliebenen.
 Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Anatomie,
 Marktstrasse, nach St. Laurentius, Auenstrasse. 6649

Am Dienstag, den 27. Dezember, verschied nach langem
 Leiden an einer treuer Verhandlung, der **Porzellanarbeiter**
Ferdinand Hoffmann
 im Alter von 44 Jahren. 6656
 Ein dauerndes Andenken werden ihm bewahren
 Schmiedeberg, den 28. Dezember 1910
**Die Mitglieder des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes
 Zahlstelle Schmiedeberg.**
 Beerdigung: Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause
 Hammerstrasse 21 (Familienhaus).

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie
 die Kranzspenden, die uns bei der Beerdigung unserer lieben
 unvergesslichen Mutter
Martha Schneider
 zu teil wurden, sagen wir auf diesem Wege allen Bekannten,
 den Kolporteurinnen sowie dem Deutschen Transportarbeiter-
 Verband unsere herzlichsten Dank.
Die tieftrauernden Kinder.

Liegenschaft - Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Alle Kollegen, die sich an den am 4. Januar 1911 beginnenden
Lichtbilder-Vorträgen
 beteiligen wollen, haben sich bis zum 2. Januar den Vertrauensleuten oder der
 Bezirksleitung zu melden. 6655
 Thema: „Som Uetier zum Menschen“.
 Die Bezahlung des Lichtbildes erfolgt vom Kartell aus. Für den ganzen
 Kursus beträgt die Teilnahmegebühr 50 Pf., für den einzelnen Abend 20 Pf.
 Unsere Vortragsveranstaltungen beginnen am Sonnabend, d. 14. Januar 1911,
 feiert alle 14 Tage, wie folgt: Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr.
 Die Ortsberichterstattung.

Alkoholfrage und Arbeiterklasse
 von Dr. Fröhlich.
 Eine empfehlenswerte Agitationsbroschüre.
 Preis 20 Pf.
 Die Broschüre kann bei Buchhändlern „Volkswacht“

**Marta Ständer
 Alexander Plessner**
 Verlobte 6647
 Breslau, im Dezember 1910.

Stadt-Theater
 Donnerstag nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Hoffmanns Erzählungen“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Mignon“.
 Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Hoffmanns Erzählungen“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Der Troubadour“.
 „Cavalleria rusticana“.
 Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Hoffmanns Erzählungen“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Die lustigen Weiber
 von Windsor“.

Lobe-Theater.
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 „Das Wuslantenmüchel“.
 Freitag 7 1/2 Uhr:
 „Hugenotten“.
 Sonnabend 7 1/2 Uhr:
 „Das Wuslantenmüchel“.

Thalia-Theater.
 Sonnabend: Gruppe F. 3. Vorstellung:
 „Wenn der junge Wein blüht“.
 Vortragsabend am Tage der Vorstellung
 von 10-2 Uhr im Stadt-Theater und an
 der Abendkasse im Thalia-Theater.
 Sonntag 7 1/2 Uhr:
 „Der Feldherrnjugel“.
 Vortragsabend Freitag und Sonnabend
 von 10 bis 9 Uhr im Stadt- und Thalia-
 Theater.

Schauspielhaus
 Donnerstag und folgende Tage 8 1/2 Uhr:
 „Die goldene Märchentwelt“.
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 „Quo vadis“.
 Freitag 8 Uhr:
 „Das der Hölenspieler“.
 Sonnabend 8 Uhr:
 „Die schöne Helena“.
 Sonntag 8 Uhr:
 „Das der Hölenspieler“.

Lieblöh's Etablissement.
 Telefon 1646.
 Nur noch 3 Abende.
 Miss Oxford mit ihren
 Wunder-Elefanten.
 Adele Moraw, Paul Jillich,
 Sergeant Brennan, 11 Araber,
 Holland im Orient etc.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater
 Täglich:
Ringkampf.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Ab 1. Januar: Gastspiel
Henry Bender.

Zeltgarten
 Dr. H. Krinsch.
 Nach 3 Abende die brillanten
Dezember-Spezialitäten.
 Sonnabend, 31. Dezember:
 Großer
Silvester-Ball.

Palmengarten.
 Dr. H. Krinsch.
 I. grosses
Bockfest
 a la Wiesche.
 Uregemütlich.
 Ganz bedeutende
 neue Ueberraschungen.
2 Kapellen.
 Eintritt frei.
 Zum Ausverkauf gelangt
Schultheiß-Bock.

„Reformklub“ überall käuflich.
 Diese Karte verbindet Ihre Selbstheit
 Ihrer sorgfältigen Besonnenheit.
**Zigarren
 Zigaretten**
 in größter Auswahl empfiehlt
Oscar Rudolph Zigarren-
 Importeur.
 Breslau 13, Kenderstr. 61.
 Gewerbe-Gesellschaft.

Wickelmacherin u. Zigarrenmacherin
 sucht **Schwäbisch**,
 Marktstraße 24, Seitenhaus. 6648
Uhren für Herren und Damen,
 in Gold u. Silber, 168 Pf.
 Reiten, Ringe **Lehmann Altbäckerstr. 17.**
 verkauft billig
Mohtabehandlung
Carl Rother & Rode
 Breslau 1, Hummerel 26.
 Spezialität: 4671
ff. alte Sumatra-Decken
 von tabaklos, Brand in jed. Preislage.
Gebr. billige Möbel!
 Schränke, Sofas, Tische, Spiegel,
 Vertikons, Stühle, Bettst., Federbett,
 zu verkaufen Friedbergstraße 66. 6657
Schlesewerderplatz 15
 2 kleine Wohnungen, 14 und 22 Zim., sofort
 zu vermieten. 6658
Möbl. Zimmer mit Balkon, sehr schön,
 für monatlich 30 Mk. +
 zu vermieten. Dönhofschauffee 66/68, II. 6659
Bum Umzüge fahre alle Gg. d.
 Verfr., Befr., Befr., Befr.,
 Sofas, Kommoden, etc. sofort, Jaglung,
 Verfr., Befr., Befr., Befr., Befr.,
 6657
Ednard Bernstein:
 Die
**verschiedenen Formen
 des Wirtschaftslebens.**
 Preis 20 Pf.
 Buchhandlung Volkswacht.

Heute Donnerstag:
Wilhelmsburg Tanz-Abend
 mit Präsent-Vorles

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Dezember.

Geschichtskalender.

30. Dezember.

- 1819 Dichter Theodor Fontane in Neu-Nuyppin.
1870 Sammlungen des Braunschweiger Ausschusses der sozialdemokratischen Partei.

Chronik der Breslauer Parteibewegung im Jahre 1910.

Januar.

- 1. Zwanzigstes Stützfest des Sozialdemokratischen Vereins Breslau im Gewerkschaftshaus mit einer Feste der Genossen Schütz. Die Polizei verbietet das Proletariatslied zu singen.
10. Wahlabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.
12. Mitarbeiter-Verammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau, wo die Delegierten über den Parteitag der preussischen Sozialdemokratie berichten.
16. Drei große Wahlrechts-Verammlungen. Die Genossen Krenz und Fockl aus Oesterreich dürfen laut Parteiverbot nicht sprechen. Fockl tritt aber in allen drei Verammlungen als Diskussionsredner auf.
21. Vortragsabend im Thalia-Theater: „Die fremde Frau“.

Februar.

- 2. Volksversammlung im Gewerkschaftshaus. Genosse Albert spricht über Oberburgs Hochverrat im Reichstage.
3. Redakteur Genosse Schiller wird wegen Nichterbeleidigung an 2 Monaten Gefängnis verurteilt.
6. Volksvorstellung im Thalia-Theater: „Die fremde Frau“. Wahlrechtsforderung auf der Schweidnitzer Straße gegen die Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung. Am dem Christophorusplatz bauen die Schulkinder mit blankem Säbel in die Menge hinein; Kommissar Fische verletzt den Schloffer Waischinski am Kopfe und 21 Personen werden verhaftet.
8. Die Genossen Pöbe, Neulich und Wiener ersuchen den Polizeipräsidenten v. Dvornik um eine Rücksprache wegen der blutigen Vorgänge auf dem Christophorusplatz.
11. Drei Proverammlungen gegen die Polizeistadt auf dem Christophorusplatz.
12. Der Breslauer Volkspräsident lehnt das Gesuch der Genossen Pöbe, Neulich und Wiener ab, weil sie nicht „vertretungsberechtigt“ seien.
13. Verbreitung von 100.000 Flugblättern gegen die Wahlrechtsvorlage.
14. Zweiter Abend im Gewerkschaftshaus.
17. Genosse Schiller wegen Verleumdung eines Affektors in Waldenburg 100 Mk. Geldstrafe.
20. Volkswacht-Agitation, die 700 neue Abonnenten bringt.
Massen-Verammlung unter freiem Himmel im Garten des Leyten Keller, wo fünf Genossen gleichzeitig gegen die Wahlrechts-Vorlage der preussischen Regierung sprechen: sie ist von etwa 15.000 Personen besucht. Am der Friedrich-Wilhelmstraße und auf dem Königsplatz, wo die Polizei den Weg nach der inneren Stadt absperrt, gewaltige Straßendemonstration.
28. Humoristischer Abend im Gewerkschaftshaus.

März.

- 3. Wegen Verleumdung eines Polizei-Kommissars wird Genosse Schiller zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Außerordentliche General-Verammlung des sozialdemokratischen Vereins Breslau. Genosse Pöbe spricht über die fernere Taktik im Wahlrechtskampf. Beschlossen wird die Einführung von besonderen Frauen-Abenden und Verlegung des Geschäftsabends auf die Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni.
6. Volks-Vorstellung im Thalia-Theater: Die Pfarrerstochter zu Strelabors.
7. Wahlabend des sozialdemokratischen Vereins Breslau.
12. Gen. Babluch wird, weil er am 6. Februar bei der Straßendemonstration gegen einen polizeilichen Befehl gehandelt haben soll, zu 2 Wochen Haft verurteilt.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Begründer des Berliner Schillertheaters, Direktor Rafael Löwenfeld, ist im Alter von 56 Jahren in Charlottenburg plötzlich an Herzschlag gestorben. Löwenfeld, der sich vor der Verammlungen des Schillertheaters als Schriftsteller und erster Uebersetzer Tolstois bekannt gemacht hatte, stammte aus Polen. Die Leitung des Schillertheaters führt zunächst der Schauspieler Max Patzsch, der Löwenfeld bereits längere Zeit vertreten hat. Löwenfeld wurde am 11. Februar 1854 in Posen geboren. Nach Erlangung des Doktorgrades an der Universität Breslau widmete er sich der Schriftstellerei. Er vermittelte uns als einer der ersten die moderne russische Literatur, insbesondere Tolstois Werke, durch gute Uebersetzungen. In den neunziger Jahren vermittelte er seinen lange gehegten Plan, ein Volkstheater zu gründen, in dem das große Publikum für billiges Geld gute Vorstellungen sehen konnte. Er richtete zugleich ein Abonnement ein, das einem jeden den Besuch des Theaters ermöglichte, und sich beim Berliner Publikum großer Beliebtheit erfreute. So wurde am 30. August 1894 das alte Wallner-Theater unter dem Namen Schiller-Theater mit Schillers „Räubern“ eröffnet. Vor etwa 10 Jahren pachtete Löwenfeld das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater als zweites Schiller-Theater, das er aber mit der Gründung des neuen Theaters in Charlottenburg wieder aufgab. Auch diese neue Volkstheater wurde mit Schillers „Räubern“ eröffnet, am 1. Januar 1907. Das Direktor Löwenfeld mit seinen Plänen auf der richtigen Bahn sich bewegte, wird durch den regen Besuch, dessen sich beide Kunststätten zu erfreuen haben, sowie durch die glückliche Finanzierung des Unternehmens, das inzwischen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden ist, bewiesen. Löwenfeld hatte es verstanden, sich die Mithilfe von Leuten zu sichern, die ihn mit den nötigen Mitteln versahen, um sein großartig angelegtes Unternehmen zu verwirklichen. Das Haus in Charlottenburg dient auch zur Pflege volkstümlicher Musik.

Aus aller Welt.

Moderne Kultur. Der Milliardär Harry Saunders in Chicago veranstaltete vor einiger Zeit eine Soiree für vornehme Leute. Damit begründete er eine neue Mode, die eilig nachgemacht wird. Der Hausherr selbst besitzt sieben fasttonnabie Kaffeebunde, die sich schrecklich langweilen, weil sie keinen ebenbürtigen Umgang haben. Und da gab er in ihren

- 13. Eine Wahlrechts-Verammlung unter freiem Himmel im „Perpeller“-Garten vor der Polizei-Präsident. In ihrer Stelle werden 3 Verammlungen in den Gärten von Morgenau veranstaltet, an die sich eine große Straßendemonstration angeschlossen.
16. Drei e Straßendemonstrationen werden vom Schöffengericht zu je 10 Mk. Geldstrafe verurteilt; die Strafbefehle laneten auf je 2 Wochen Haft.
17. Wegen Schumanns-Beleidigung wird Genosse Schiller zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.
19. Eine Anzahl Wahlrechts-Demonstranten verurteilt das Schöffengericht zu Geld- und Gefängnisstrafen.
20. Volksvorstellung im Thalia-Theater: „Hans Lange“.
24. Vier Wahlrechts-Demonstrationen werden vom Schöffengericht zu Geld- und Haftstrafen verurteilt.
Wegen Veranstellung eines „ungewöhnlichen“ Zeichenbegünstigten verurteilt die Strafkammer die Genossen Baumgarten und Gurnau zu 3 und 6 Mk. Geldstrafe.
Volksvorstellung im Schauspielhaus: „Die Trübsalreiche“.
Konferenz der Partei- und Gewerkschaftsleiter im Gewerkschaftshaus.
Vierter Abend im Gewerkschaftshaus.
Wahlrechts-Demonstrationen werden vom Schöffengericht zu Geldstrafen verurteilt.

April.

- 4. Genosse Schiller wird zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er eine Verammlung der Jugendlichen nicht polizeilich angemeldet hat.
5. Volks-Verammlung im Gewerkschaftshaus Genossin Rosa Luxemburg spricht über das Thema: Der Wahlrechtskampf und seine Lehren.
8. Beginn des Vortrags-Kurses von Genossen Graf über: Die Geschichte der Erde.
10. Wahlrechts-Spaziergang nach dem Südpark, wo um 3 Uhr nachmittags 5000 Personen versammelt sind. Beim Verlassen des Südparks tritt die Polizei den Spaziergänger durch Absperrungen entgegen und treibt sie mit blankem Säbel in die Seitenstraßen.
11. Wahlabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.
13. Genosse Neulich wird zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er das Stützfest des sozialdemokratischen Vereins, das „Hilflich“ gewesen sein soll, nicht angemeldet hat.
4. Die Staatsanwaltschaft lehnt das Verahren gegen den Polizeikommissar Fische wegen Verleumdung des Schloffer-Waischinski am 6. Februar ab.
15. Genosse Neulich hat eine Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter wegen Aufruhrs, den er nach der Massen-Verammlung am 20. Februar verübt haben soll.
Volksvorstellung im Thalia-Theater: „Walzertraum“.
Zweiter Vortrag des Graf-Kurses.
Vernehmung von Vorstandsmitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins auf dem Polizei-Präsidentium wegen Verbreitung des verbotenen Proletariatsliedes.
Genosse Scholz, der bei der Straßendemonstration am 21. Februar auf der Nikolaistraße einen Schuttmann in Zivil vom Made gerufen hat, wird vom Landgericht zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.
Genosse Schiller wird von der Anklage, eine Verächtlichung des Kaisers von Preußen in die „Volkswacht“ nicht aufgenommen zu haben, freigesprochen.
22. Dritter Vortrag des Graf-Kurses.
24. Zweiter Abende im Gewerkschaftshaus.
25. Genosse Babluch wird in der Verammlungen wegen Nichterbeleidigung eines Polizeibefehls am 6. Februar zu einer Woche Haft verurteilt; das Urteil des Schöffengerichts lautet auf zwei Wochen.
27. Prüfnote auf die Polizei abndet das Schöffengericht an dem Genossen Krause mit 15 Mark Geldstrafe.
28. Genosse Schiller bekommt wegen Verleumdung eines Stiegener Polizei-Inspektors 500 Mark Geldstrafe.

Mai.

- 1. Vormittags 11 Uhr Manifest im Gewerkschaftshaus; die Feste der Genossen Neulich. Nachmittags Massenauflug nach Morgenau, woran 10.000 Personen teilnehmen.
6. Frauen-Verammlung im Gewerkschaftshaus mit Genossin Selinger als Referentin.
7. Straßendemonstration vor der zweiten Strafkammer als Verammlungen. Die Strafen werden zum Teil erhöht, zum Teil herabgesetzt.
9. Wahlabend des Sozialdemokratischen Vereins.
10. Frauen-Verammlung im „Kronprinz“. Vortragende Genossin Selinger.

- 11. Frauen-Verammlung im „Perpeller“ mit derselben Vortragenden.
Parteiliche Genosse Scholz wird wegen Hausfriedensbruches, den er in einer Verammlung in Preßwitz verübt haben soll, zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Anzeige gegen Scholz hat der Kaiser von Preußen gemacht.
Die Genossen Pöbe und Neulich werden vom Schöffengericht freigesprochen; sie sollten am 13. März nach den Wahlrechts-Verammlungen in Morgenau auf der Promenade einen Aufruhr verüben und gefasst haben.
12. Genosse Schmeidewind wird von der Anklage, einen Landrat beleidigt zu haben, freigesprochen.
Redakteur Genosse Datz wegen Verleumdung der Freiburger Polizei 100 Mark Geldstrafe.
Genosse Schiller wegen Verleumdung eines Wirkkonsulenten 50 Mark Geldstrafe.
Mitarbeiter-Verammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Genosse Neulich spricht über den bevorstehenden internationalen Kongress in Kopenhagen. Als Delegierten-Kandidaten werden die Genossen Albert, Pöbe, Müller und Scholz vorgeschlagen.
15. Vorkursus von etwa 90 internationalen Genossen in Breslau. Abends Kommerz mit Ansprachen im Gewerkschaftshaus, am anderen Tage Anstalten, Besichtigungen und Theaterbesuch.
17. Volksvorstellung im Stadt-Theater: „Hans“ von Goethe.
18. Frauen-Verammlung mit Genossin Selinger als Referentin im „Perpeller“.
19. Genosse Datz erhält wegen Nichterbeleidigung 2 Monate Gefängnis und wegen Verleumdung des Kaisers 30 Mk. Geldstrafe, Genosse Schiller wegen desselben Verammlungen 100 Mark und wegen Verleumdung des Fürsten Pleh 75 Mark Geldstrafe.
Frauen-Verammlung in der „Deutschen Krone“ mit Genossin Selinger als Referentin.
24. Genosse Datz wird wegen Verleumdung eines Reichsverbändlers zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.
25. Die Klage des Genossen Stalch gegen das Verbot einer Gedächtnis-Verammlung am Grabe des Genossen Strubel wird vom Verammlungen zurückgewiesen.
26. Die Verurteilung des Genossen Schiller gegen seine Verurteilung wegen Nichtanmeldung einer Verammlung der Jugendlichen wird verworfen.

Juni.

- 2. Die Strafkammer verwirft die Verurteilung des Genossen Neulich gegen seine Verurteilung wegen Nichtanmeldung des Stützfestes am 1. Januar.
8. Die Genossen Albert und Neulich werden von der Anklage am 10. April im Südpark eine Verammlung unter freiem Himmel abgehalten zu haben, vom Schöffengericht freigesprochen.
9. Gegen Genossen Datz erkennt die Strafkammer wegen Verleumdung des Kaisers der Kaiser-Katzen in Breslau auf 50 Mark Geldstrafe.
13. Wahlabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.
16. Verbreitung von 100.000 Flugblättern gegen die Erhöhung der Mithilfe des Königs und der Steuern für das Volk.
19. Volkswacht-Agitation in allen Distrikten.
21. Der Oberpräsident weist die Verurteilung des Genossen Neulich gegen das Verbot des Raummanges zurück.
Genosse Albert bekommt wegen Verleumdung der Breslauer Polizei 150 Mk. Geldstrafe.
23. Genosse Schiller wird wegen Nichterbeleidigung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.
30. Die Mitglieder-Verammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau beschäftigt sich mit den Stadtverordnetenwahlen und wählt ein Wahlkomitee. (Fortsetzung folgt.)

Eine agrarische Gründung für Landarbeiter.

Unter dem Titel „Der deutsche Landarbeiter“ erscheint seit 1. Oktober ein Wochenblatt, das, nach den Mitteilungen der „Deutschen Tageszeitung“, auf die Bedürfnisse der Landarbeiter zugeschnitten ist, d. h. was man eben in agrarischen Kreisen unter den Bedürfnissen der Landarbeiter versteht. Das Blatt ist, wie die „Deutsche Tageszeitung“ versichert, durchwegs von vaterländischer Gesinnung und führt den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit der erforderlichen Entschiedenheit. Vermutlich sind die Landarbeiter aber von dem Blatte nicht besonders erbaut, denn es wird darauf hingewiesen, daß der

Namen eine Abendgesellschaft und lud 200 Gunde der reichsten Familien dazu ein. Jeder Gast kam mit seinem eigenen schwarzen Diener in Livree und die geladenen Weibchen mit einer Gardedame. Es wurde allerlei Unfug getrieben, aber im übrigen streng auf Anstand gesehen, intimere Annäherungen wurden nicht geduldet. Eine Stiegenkerpelle in Galauniform besorgte die Musik und man ergab sich an dem Doppellongert, das alsbald in Schall überlief. Den Clou des Festes bildete das Souper, für das genau so gebedt wurde, als ob man ein Bankett für Zwölfhundert arrangiert hätte. Hinter jedem Tische stand ein Diener und die Gäste fragten aus silbernen Tellern und soßen aus Kristallgläsern. Der Hausherr lagte sich fast krank über seine Gäste, denen er Gänseleber, Lungenbraten und Geflügel hatte auftragen lassen. Und zu derselben Zeit wissen Hunderttausende nicht, wie sie die Mäuler ihrer hungernden Kinder stopfen sollen... So will es die göttliche Weltordnung!

Neue Margarine-Verammlungen. In Mählfhausen in Thüringen erkrankten, wie gemeldet wird, drei Familien an Margarine-Verammlungen, die durch die Marke „Lionie“ herbeigeführt wurde. Die Margarine war zur Bereitung der Christollen benutzt worden.

Ueber die Interna des Kruppischen Betriebs berichtet sehr interessant das in New York erscheinende „Army and Navy Journal“, das amerikanische Militärwochenblatt. Danach ist die erste andersartige Verammlungen, die ein neuer Angestellter der Firma Krupp A.-G. eingesehen hat, die bei unvorhergesehenen Geheimhaltung alles dessen, was er geschäftlich sieht und hört. Trotzdem bleibt das weitere wegen Wahrheit des Geschäftsgeheimnisses keineswegs dem Zufall überlassen, sondern es ist jede nur mögliche Vorbeugung getroffen, daß kein Beamter mehr erklärt, als für seine eigene Arbeit unbedingt erforderlich ist. In den Bureaus wird die gesamte Korrespondenz nur in verschlossenen Kästen weitergegeben. Geht ein solcher Kasten von einer Stelle an eine andere, so wird in einem unter Glas angebrachten Schilde ein Parton mit dem Namen dessen geladert, der den Kasten erhält. Nur wenn der Verammlungen mit einem befonderen Schlüssel geöffnet wird, kann auch die Abfertigung herausgenommen werden. Es ist unmöglich, daß wichtige Papiere in falsche Hände kommen. Im Reichthum wird jedes Papierchen über Nacht in neuer- und diebstahlsicherer Packung verpackt, die mit Schlüssel versehen sind. Die Angestellten müssen ihren Zugang wechseln, ehe sie ihren täglichen Dienst antreten, und wenn sie die Arbeitstätte verlassen. Die Wahlzeiten unter Laas werden in den Fällen der Firma eingemittelt. In Fällen, wo es nicht zu umgehen ist, daß Angestellte Mitarbeiter von Fabrikationsgeheimnissen sind, zählt

Krupp Gehälter, an deren Höhe jeder Besichtigungsversuch abstrakt. Besonders betrifft dies die Herren der Oberleitung der Panzerplatten- und Stahlwerke.“ An den Arbeitern wird das dann erspart.

Das Seitengewehr im Tanzaal. Am Abend des ersten Feiertages hatten sich in einem Tanzlokal in Waidmannslust fünf junge Leute eingefunden, unter denen sich auch der 23-jährige Tischler Richard Grabert aus Berlin mit seiner Braut, einer jungen Verkäuferin, befand. In das Lokal kam zufällig ein Junge, dessen Name noch nicht festgesetzt werden konnte, und der in der Braut des Tischlers seine frühere Geliebte erkannte. Der Musiker näherte sich dem Mädchen und bat es, ihm einen Augenblick aus dem Tanzaal in den anstehenden Schankraum zu folgen. Der Tischler, der von dem früheren Verhältnis des Mädchens nichts wußte, verbot sich die Annäherungsversuche des Infanteristen, und es entspann sich eine Schlägerei, bei der die Freunde Graberts auf den Soldaten einbrangen. Im Verlauf des Kampfes sog der Infanterist sein Seitengewehr und verlegte dem Tischler einen in wichtigen Dief über der Schädels, das G. befehlungslos zu Boden schlug. Der Dief hatte die Schädeldede durchdrungen und die Knochenhaut völlig durchschritten. In bedenklichem Zustande wurde der Verletzte nach dem Rudolfs-Birchow-Krankenhaus gebracht.

Ungewollte Wirkung. Von den Schulärzten wird vielfach Klage darüber geführt, daß ihre Karyogramme und Anforderungen bei den Eltern der Kinder manchmal wenig Verständnis finden. Einen ungewollten Erfolg erzielte nachstehende Mitteilung über die schulärztliche Untersuchung eines kurzfristigen Knaben an dessen Vater:

Herr R. R.!

Es wird Ihnen hierdurch mitgeteilt, daß bei Ihrem Sohn Myopie konstatiert worden ist. Sie wollen die nötigen Schritte tun, dem Uebel abzuwehren.

Am anderen Tage erschien die folgende schriftliche Entgegnung des Vaters: Sehr geehrter Herr Direktor! Besten Dank für Ihre freundliche Mitteilung. Ich habe meinen Jungen vorgenommen und ihm eine gebürige Tracht Brägel verordnet. Sollte er sich wieder einmal eine Verammlungen anfallen lassen, so bitte ich um gefällige Verammlungen. Hochachtungsvoll

Ihr ergebener R. R. Besten Dank für Ihre freundliche Mitteilung. Ich habe meinen Jungen vorgenommen und ihm eine gebürige Tracht Brägel verordnet. Sollte er sich wieder einmal eine Verammlungen anfallen lassen, so bitte ich um gefällige Verammlungen. Hochachtungsvoll

Preis ermäßigt wird, wenn größere Mengen auf einmal bezogen werden. Darin dürfte ein Hinweis für die Agrarler zu erblicken sein, das Blatt zu beziehen und an ihre Arbeiter zu verteilen.

„Ein Unwürdiger“.

Genosse Max Clement, der Cantiller des Tabalarbeiter-Vereins, wurde bekanntlich von der Strafkammer in Glogau „wegen Erpressung“ zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er einen laienrechtlichen Habilitanten zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern anzuhalten versucht hatte. Nachdem er am Weihnachtsabend das Gefängnis auf der Reichsstraße verlassen, erhielt er alsbald eine Vorladung nach dem Bezirkskommando, wo ihm eröffnet wurde, daß ihm infolge seiner Verurteilung sein Dienstgrad als Gefreiter des 2. Königlich Sächsischen Jäger-Bataillons entzogen werde. In seinem Militärpaß wurde folgender Vermerk eingetragen:

„Clement wird hiermit vom Befreiungsdienstgrade entsetzt.“

(Reyer
Major g. D.)

Der als unwürdig Demobilitierter wird den Verlust der Knöpfe ungewollt beklagen, als er über die Altersgrenze längst hinweg ist, wo ihm das „Geld“ fließen könnte, noch einmal einen Jägerrock tragen zu müssen. So lächerlich das Vorkommnis aber auch auf weite Kreise wirken wird, beweist es doch, wie weit unsere Justiz mit ihrem am Erpressungsparagraphen geübten Anklangswissen vom allgemeinen Rechtsbewußtsein abgewichen ist; müßten doch selbst Minister bereits erklären, daß Vorgehen der hier vorliegenden Art absolut nichts Ehrentüchtiges an sich haben. Und doch: Der Staatsbesucher ist wegen seiner „mit Ehrverlust drohenden Handlung“ seines Dienstgrades entleibet worden. Hätte er nur Soldaten geküßelt, wäre ihm das wahrscheinlich nicht passiert.

Städtische Ehrenämter.

Wie oft begehnet man bei den Bürgern, wenn man sie zur Annahme irgend eines kommunalen Ehrenamtes bewegen will, der Gegenrede: „Ich nehme kein Amt an, ich habe mehr zu tun, mich kann niemand dazu zwingen.“ Da dürfte es ganz interessant sein, einmal alle die Paragraphen zusammenzustellen, die von der Verpflichtung zur Annahme solcher Ämter und den Zwangsmitteln, die im Weigerungsfalle angewendet werden können, zu sprechen.

Der allem ist es, so schreibt das „Kommunalblatt“, die Städteordnung vom 30. Mai 1853, die von der Verpflichtung zur Uebernahme kommunaler Ehrenämter spricht. § 5 sagt: „Das Bürgerrecht besteht in dem Rechte zur Teilnahme an den Wahlen, sowie in der Befähigung zur Uebernahme unbesoldeter Ämter in der Gemeindeverwaltung und zur Gemeindevertretung.“ § 7 verleiht dem Verlust des Bürgerrechts und damit von der Uebernahme der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter. Uebernahme der bürgerlichen Ehrenrechte durch rechtskräftiges Erkenntnis zieht dauernden Verlust der von ihm bisher bekleideten Ämter in der Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung nach sich. Ist gegen einen Bürger wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens, welches die Uebernahme der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben muß oder kann, das Hauptverfahren eröffnet, oder ist derselbe zur gerichtlichen Haft gebracht, so ruht die Ausübung des ihm zustehenden Bürgerrechts so lange, bis das Verfahren beendet ist. Versällt ein Bürger in Konkurs, so verliert er dadurch das Bürgerrecht auf so lange, bis das Verfahren beendet ist.“ Nach dem Strafgesetzbuch § 31 hat die Verurteilung zur Justizstrafe die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge.

Der Hauptparagraph der Städteordnung, der in Betracht kommt, ist § 74. Er spricht besonders von der Verpflichtung zur Annahme von Stellen und von dem Ausscheiden aus denselben wegen Verlustes des Bürgerrechts. Er sagt: „Ein jeder ist im jährligen Bürger verpflichtet, eine unbesoldete Stelle in der Gemeindeverwaltung oder Vertretung anzunehmen, sowie eine angenommene Stelle mindestens drei Jahre lang zu versehen.“

Zur Ablehnung oder zur früheren Niederlegung einer solchen Stelle berechtigen nur folgende Entschuldigungsgründe:

1. ankommende Krankheit;
2. Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit mit sich bringen;
3. ein Alter über sechzig Jahre;
4. die früher stattgehabte Verwaltung einer unbesoldeten Stelle für die nächsten drei Jahre;
5. die Verwaltung eines anderen öffentlichen Amtes;
6. ärztliche oder rathärztliche Praxis;
7. sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen der Stadtverordneten-Versammlung eine gültige Entschuldigung begründen.

Wer sich ohne einen dieser Entschuldigungsgründe weigert, eine unbesoldete Stelle in der Gemeindeverwaltung oder Vertretung anzunehmen, oder die noch nicht drei Jahre lang verlehene Stelle ferner zu versehen, sowie der, wer sich der Verwaltung solcher Stellen tatsächlich entzieht, kann durch Beschluß der Stadtverordneten auf drei bis sechs Jahre der Ausübung des Bürgerrechts verlustig erklärt und um ein Achtel bis ein Viertel stärker zu den direkten Gemeindeabgaben herangezogen werden.

Welcher die Unfälle.

Nach den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes muß jeder Betriebsunfall, durch den eine Person getötet wird oder eine Körperverletzung erleidet, die eine völlige oder teilweise Erwerbsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hat, von dem Betriebsunternehmer der Ortspolizeibehörde und der Berufsgenossenschaft gemeldet werden. Die Unfallmeldung hat binnen drei Tagen nach dem Tage zu erfolgen, an dem der Betriebsunternehmer von dem Unfälle Kenntnis erhalten hat. Wenn ein Unfall gemeldet ist, hat die Ortspolizeibehörde die weiteren Erhebungen zu veranlassen, und wenn eine

Erwerbsbeschränkung über 13 Wochen hinaus vorhanden ist, die Unfalluntersuchungsverbände durchzuführen.

Die Meldung eines Unfalles kann natürlich nur dann erfolgen, wenn der Unternehmer Kenntnis davon erhält. Es hat deshalb jeder Arbeiter die Verpflichtung, jede, auch die scheinbar unbedeutendste Verletzung dem Vorgesetzten oder Betriebsunternehmer zu melden, wenn er später Ansprüche an die Berufsgenossenschaft stellen und mit seinen Ansprüchen durchbringen will. Wenn der Unfall gemeldet ist und auch nach Abschluß des Verfahrens eine nennenswerte Erwerbsbeschränkung nicht mehr vorhanden ist, später aber Verschlimmerung eintritt, kann jederzeit Rente beansprucht werden. Anders ist dies, wenn der Unfall nicht gemeldet wurde. In solchen Fällen ist die Sache schon von vornherein verloren, weil die Berufsgenossenschaft bestreitet, daß ein Unfall vorliegt und fast immer recht bekommt, wenn nicht durch mehrere Zeugen einwandfrei nachgewiesen werden kann, daß sich der Unfall tatsächlich ereignet hat. Der Nachweis, wenn es sich um eine geringfügige Verletzung gehandelt hat, ist sehr schwer zu führen, weil die Arbeiter bei solchen unbedeutenden Verletzungen ihren Mitarbeitern fast nie Mitteilung machen; sie beachten in der Regel die Verletzung selbst nicht. Und wenn später bei eintretender Verschlimmerung Ansprüche erhoben werden wollen, wird von allen Seiten geltend gemacht, daß ein Unfall nicht vorliegt. Bei zweifelhaften Fällen wird für die Beweisführung ein besonders strenger Maßstab angelegt. Es wird behauptet, daß jeder Arbeiter von den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes Kenntnis hat und daß alle Arbeiter wissen, daß ein Unfall gemeldet werden muß; es wird weiter behauptet, daß auch alle Arbeiter die Unfälle melden und sicher hätte auch der Verletzte den Unfall zur Anzeige gebracht, wenn er tatsächlich einen Unfall erlitten hat. Mann der verletzte Arbeiter durch Zeugen nachweisen, daß er sich wirklich einen Unfall zugezogen hat, so kann er unter Umständen Rente erhalten, aber auch nicht in jedem Falle. Wenn nämlich die Unfallmeldung erst später erfolgt, muß auch in den meisten Fällen noch der Nachweis erbracht werden, daß das später aufgetretene Leiden auch eine Folge des Unfalles ist, und dieser Nachweis ist um so schwerer zu führen, als er nur durch ärztliche Zeugnisse geführt werden kann. Die Berufsgenossenschaft bestreitet den ursächlichen Zusammenhang, und wenn der Verletzte mit seinen Ansprüchen durchbringen will, muß er seine Behauptung, daß das Leiden eine Folge des Unfalles ist, beweisen.

Es ist aber für die Verletzten sehr schwer, ärztliche Zeugnisse zu erhalten. Die Ärzte und auch die öffentlichen Anstalten, wie Krankenhäuser, Universitätskliniken usw., stellen mit der größten Bereitwilligkeit ärztliche Zeugnisse und Gutachten aus, wenn die Berufsgenossenschaftens darun nachsuchen. Anders aber, wenn ein Verletzter ein Gutachten nötig hat. In den Anstalten werden derartige Anfragen der Verletzten direkt abgelehnt, die meisten Ärzte gebrauchen Ausschüfte, wie: „Es ist uns verboten, Gutachten anzustellen“, „Ich kann nicht ein Gutachten gegen meinen Kollegen ausstellen“, „Es ist ein ärztliches Zeugnis nicht notwendig, Sie können auch so an das Schiedsgericht schreiben“ usw. Die ärztlichen Zeugnisse und Gutachten sind aber notwendig, weil nur durch sie der Beweis geführt werden kann. Die ganzen Ausschüfte der Ärzte treffen auch gar nicht zu. Es ist keinem Arzt verboten, ein Gutachten für einen Verletzten auszustellen. Allerdings gehört zur Abgabe eines Gutachtens etwas mehr, als zur Behandlung der Verletzten, und dies ist in vielen Fällen der Grund, warum Gutachten verweigert werden.

Wenn sich also Verletzte vor Schaden bewahren wollen, müssen sie darauf bedacht sein, daß jede Verletzung gemeldet wird. Zieht die Verletzung keine Folgen nach sich, so schadet die Meldung nichts, und hat die Verletzung später Folgen, so sind die Ansprüche des Verletzten gesichert.

Die Fortbildungsschule für Mädchen

gewinnt täglich mehr Anhänger. Jetzt hat sich auch der sächsische Handelskulttag, der am Mittwoch in Breslau tagte, in einer Resolution dahin ausgesprochen, auch für die weiblichen Handlungsgehilfen die Pflichtfortbildungsschule einzurichten. Das Referat über diese Frage hielt der Direktor der städtischen kaufmännischen Fortbildungsschulen Herr Stecher, der u. a. folgendes ausführte:

Die Freunde der Mädchen-Fortbildungsschule vertreten die Ansicht, die Fortbildungsschule ist als eine Fortsetzung der Volksschule anzusehen, die ihre Schülerinnen nach achtjähriger Schulzeit nicht so weit charakterisiert und geistig vorgebildet entläßt, daß die Jugend ohne Sorge um ihr Fortkommen dem Leben zugeführt werden kann. Die Fortbildungsschule soll auch das Mädchen für seinen künftigen Beruf als Winter vorbereiten. Die jungen Leute haben oft keine Ahnung von den Pflichten, die sie übernehmen, wenn sie zur Ehe schreiten. Leider sind aber bisher alle Veranstaltungen, die staatlicherseits zum Zwecke der Fortbildung für Mädchen eingerichtet worden sind, nur für die „besseren“ Stände getroffen. Auch das neue, in Aussicht stehende preussische Fortbildungsschulgesetz sieht für Mädchen keine Zwangs-Fortbildungsschule vor. In kaufmännischen Betrieben sind schon jetzt Mädchen in großer Zahl beschäftigt; diese Erziehung müßte die maßgebenden und interessierten Kreise veranlassen, diesen Mädchen auch eine bessere Vorbildung für ihren Beruf zu geben. Es würde für ein Mädchen in der Fortbildungsschule nur eine Ausgabe von 36 Mark erwachsen, während die Kommune eine höhere Tochter 106 Mark kostet. Die jetzige Vorbildung der Mädchen für den Kaufmannsstand ist unzureichend. Die Schule soll auch die sittliche Bildung des Mädchens mit lehren. Leider sind die Chefs gegen die Schule, weil sie die Mädchen nicht sechs Stunden wöchentlich unterrichten wollen. Daß sie aber dann infolge des Schulbesuches im Geschäft Besseres leisten, dürfte doch jeder Chef zugestehen müssen. Gegner der Fortbildungsschule sind auch gewisse Handlungsgehilfen-Vereine, die da meinen, in den Mädchen erwache den männlichen Angestellten Konkurrenz. Die Gegner meinen, der Handel habe kein Interesse an der Fortbildungsschule für Mädchen. Wenn der Handel aber so viele Mädchen beschäftigt, so hat er doch auch ein sehr großes Interesse an ihnen. Andere Gegner sagen, der kaufmännische Beruf sei für Mädchen zu aufstrengend. Darüber besprechen die Fortbildungsschulen nicht ein? In Breslau hat die Frage schon oft zur Beratung gestanden. Kleine Staaten

Deutschlands haben schon Landesgesetze für das Mädchen-Fortbildungsschulwesen — nur Preußen nicht. 75 Gemeinden haben solche Schulen bereits eingerichtet. In den großen Städten liegt die Schwierigkeit der Durchführung darin, daß die Mädchen nur schwer für den Schulzwang gefaßt werden können. Die Organisation der Schule muß auf Alter, Art der Beschäftigung Rücksicht nehmen.

In der folgenden Aussprache war es Herr Stadtrat Dr. Wagner, der besonders mittelste, die Frage der Mädchen-Fortbildungsschule sei schon längst in der Breslauer Fachschul-Deputation eingehend beraten worden, und man sei sich darüber klar gewesen, daß die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen eingeführt werden müsse. Die Ausgaben würden etwa 200.000 Mk. betragen, so daß die Steuern um ein bis zwei Prozent erhöht werden müßten.

Daß die Arbeitgeber für die Fortbildungsschule der Mädchen nicht ohne weiteres zu haben sind, war vorauszusetzen. Die Herren Innungsmeister sind zum Teil heute noch Feinde der Fortbildungsschule für ihre Lehrlinge; dieselbe Gegnerschaft zeigt sich jetzt in gewissen kaufmännischen Kreisen. Ihr Profit scheint ihnen gefährdet, weshalb sie vom Fortschritt in der Erziehung nichts wissen wollen. Das wird hoffentlich die Fachschul-Deputation und die städtischen Behörden bewegen, um so kräftiger darauf hinzuwirken, daß nicht nur die Mädchen im Handelsgewerbe, sondern alle Mädchen die so notwendige Fortbildungsschule bekommen.

* Zeugen gesucht. Alle Personen, die über den Vorgang in der Nacht zum zweiten Feiertage auf der Rosenstraße, wo der Töpfergeselle Paul Pletsch durch einen Polizeiwachmann erschossen wurde, nähere Angaben machen können, werden von den Angehörigen des Getöteten gebeten, ihre Absichten an unsere Redaktion recht bald gelangen zu lassen.

* Pflanzlicher Ausstand. Die Maschinenarbeiter der Firma Kimmel in Carlowitz haben heute die Arbeit niedergelagt, da ihnen der Unternehmer eine dem Gesetze nicht entsprechende Arbeitsordnung aufzwingen wollte. Es kommen 24 Maschinenarbeiter in Betracht.

* Achtung, Darßieb, Strietern, Nictendorf! Für am ersten Weihnachtstagen halber angefertigte Volkshilfs-Vorgänge wird bestimmt am Neujahrstage abgehalten. Anfang 4 Uhr Nachmittags. Die alten Eintrittskarten haben Gültigkeit.

* Der Straßenbahnverkehr während der Weihnachtsfeiertage ist trotz des schlechten Wetters in diesem Jahre größer gewesen als 1900. Während die Einnahmen der städtischen Straßenbahn im Vorjahre am 24., 25. und 26. Dezember 242, 2500 und 3450 Mk. betragen, ergaben sie in diesem Jahre 2815 (+ 723 Mk.), 3354 (+ 854 Mk.) und 4145 (+ 725 Mk.). Die elektrische Straßenbahn Breslau (Sächsischer) befährt im vorerwähnten Jahre an den 3 Weihnachtstagen 36.000, 30.000 und 4.000 Personen; in diesem Jahre betrug die Zahl der Befahrenen 41.000 (+ 5000), 34.000 (+ 4000) und 47.000 (+ 5000) Personen. Die verschiedenen Linien der Breslauer Danziger-Verkehrsbahn wurden an den 3 Feiertagen des Vorjahres von 22.600, 13.200 und 17.200 Personen benutzt, gegen 27.900 (+ 5300), 15.200 (+ 2000) 22.000 (+ 4800) Personen in diesem Jahre.

* Der 10 Uhr-Abendklub im Geschäftsverkehr ist für die beiden letzten Tage des Jahres, d. i. Freitag, den 30., und Samstag, den 31. Dezember, ausgesetzt. Wir erlauben aber unsere Leser auch heute, ihre Einkäufe wie immer vor 8 Uhr Abends zu besorgen.

* Von der Oberkassette. Nachdem seit dem 16. d. Mt. die Fahrt von Breslau nach Cosel-Oberbalden behördlich verboten ist, wurde am Mittwoch mit dem Niedertreten der Nachschiffe besprochen; es tritt somit auf der oberen Strecke völlige Schiffahrt ein. Die Wiederanrichtung der Wehre erfolgt gewöhnlich erst, wenn die Jahreszeit soweit vorgeschritten ist, daß stärkere Nachschiffe nicht mehr wahrscheinlich sind, meist Ende Februar oder Anfang März.

* Im großen Universitätsgebäude ist bereits vor Jahren der Musikaal künstlich wiederhergestellt worden und die Erneuerung der Leopoldina wird bald vollendet sein. Jetzt hat auch das Refektorium, dessen Wände bisher nur einfach gemalt waren, neuen künstlerischen Wand- und Gemäldeschmuck erhalten.

* Einen Tag Gefängnis für ein paar Kartoffeln soll, so verlangt es das Gesetz, die 42 Jahre alt dem Dominium in Klein-Tina beschäftigte Arbeiterin Frau Geisler, abgeben. Eine andere Arbeiterin, Frau Wolke, hat sie des Diebstahls beschuldigt und der Futtermohr Deming will es auch gesehen haben, wie sie sich einige Male die Kartoffeln mit Kartoffeln küßte. Am Mittwoch hatte sie sich deshalb vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Sie bestritt überhaupt, Kartoffeln entwendet zu haben. Daß sie treu, ehrlich und bescheiden sei, beweist eine Urkunde vom 8. Oktober 1903, wo ihr vom Landrat des Kreises mitgeteilt wurde, daß ihr für langjährige treue Dienste vom Kreisausweis eine Prämie von 20 Mk. und eine bronzene Erinnerungsmedaille bewilligt worden seien. Das Gericht verurteilt die arme Frau zu der niedrigst zulässigen Strafe von 1 Tag Gefängnis. Der Vorstehende selbst beruhigte die untröstliche alte Frau, sie solle sich das nicht so sehr an Herzen nehmen, die Strafe werde ihr vielleicht erlassen werden. Beim Fortgehen beklagte sie sich über die Leute, die sie vor Gericht gebracht haben. Sie nehme sich lieber das Leben, als ins Gefängnis zu gehen. Der Besitzer des Wirtes, Herr von Ruffe, soll von dem Vorfall nichts wissen. Vielleicht bewilligt er jetzt seiner alten Arbeiterin, die ihm 42 Jahre treu gedient, soviel Kartoffeln, daß sie sich satt essen kann und keine Entwendungen braucht, denn von der bronzenen Medaille kann sie eben nicht leben.

* Die ausgetrunkenen Weinflaschen fliegen ein nach dem Buffet. Diese „schöne“ Sitte besteht nach den Angaben des Kaufmanns Felix Kayfer, die er am Mittwoch vor dem hiesigen Schöffengericht gemacht hat, im Stadthauskeller. Kayfer war angeklagt wegen Körperverletzung und bedauerlicher Beleidigung. Am 10. Juli feierten vier Stammgäste dieses Wirtes ein frohes Wiedersehen. Dabei sollen, wie R. behauptet, 16 Flaschen Wein getrunken worden sein, wodurch die Stimmung sehr gehoben wurde. Herr Kayfer, der wieder eine neue Flasche bestellen wollte, war also die leere Flasche nach dem Buffet und rief: „Koch eine Flasche.“ In demselben Augenblick kam aber der Oberkellner grob herbeigeeilt. Die Flasche lag ihm direkt auf den Fuß, so daß dieser geschwollen war und der Keller zwei Tage nicht arbeiten konnte. Der Ober war darüber selbstverständlich empört, gebrauchte aber mit Rücksicht auf die Stammgäste nur die Worte: „Wenn sich das die Stammgäste erlauben, was sollen denn da die anderen Gäste machen.“ Herr R. glaubte aber, er brauchte sich dies als Dutzend des Wirtes nicht bieten zu lassen und benutzte wiederholt wie er wollte. Er warf außerdem dem „Ober“ die feinsten Schimpfworte, wie „Lein“, „gehört ins Arbeitshaus“ oder auf die Weisung hin eine „... incipit“ usw. an den Kopf; der Oberkellner wurde am längsten bogewelen sein. Zwei Zeugen bekunden, daß nur drei Flaschen Wein getrunken worden seien und der Angeklagte wohl angeheitert, aber nicht sinnlos betrunken war. Die Beleidigungen haben sie gehört. Der Staatsanwalt beantragte wegen Körperverletzung 10 Mark und wegen Beleidigung 20 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Ein Zeuge hat nicht das Bewußtsein der Beleidigung; es fehlten ihm die Fähigkeiten, den Grad der Anmerkungen zu haben, den man bei einem Wirtessen voraussetzt. Die Flasche habe der Angeklagte nicht mit Absicht nach dem Keller geschleudert. Das Gericht konnte sich dieser Ansicht nicht anschließen. Die Beleidigungen wie auch die Körperverletzung seien so schwerer Natur, daß über das beantragte Strafmaß hinauszugehen worden sei. Wegen öffentlicher Beleidigung sei deshalb eine Geldstrafe von 40 Mk., wegen Körperverletzung eine solche von 20 Mark festgelegt worden.

Stadtkinder-Abend. Einen humoristischen Stadtkinder-Abend für seine Mitglieder und deren Kinder veranstaltet der Distrikt 8a des Sozialdemokratischen Vereins mit den Nachbarbüchereien am Donnerstag, den 29. Dezember, Abends 7 Uhr, im großen Saale des Bergkeller. Der Abend ist besonders als Weihnachtsgeschenk für die Kinder gedacht, die unentgeltlichen Zutritt haben. Zur Darstellung und Vorlesung kommt die bekannte Humoreske von Busch „Max und Moritz“. Alle Mitglieder sind dazu eingeladen.

Zum naturwissenschaftlichen Kursus entsendet auch der Verband der Typsetzer seine Mitglieder, soweit sie von der Vergünstigung Gebrauch machen wollen. Die Kollegen erhalten über Karten am 6. Januar am Saalengang durch den Kollegen Richter.

Von den Ausverkäufen. Auf der Tagesordnung der am Mittwoch im Kaufmannshaus abgehaltenen Monatsversammlung des Dresdener Detailhändlervereins stand ein Referat des Vereinssekretärs Rechtsanwalt Schmiedel über die Frage, in welchen Fällen sind die Ausverkäufe und Saison- und Inventurverkäufe zulässig? Ferner nahm die Versammlung Stellung zu der Anfrage und der Antwort der Dresdener Handelskammer über das Ausverkaufsverbot. Rechtsanwalt Schmiedel führte aus, daß das neue Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb klare und scharfe Bestimmungen enthält. Aber trotzdem bestehen im Ausverkaufswesen noch gar große Unklarheiten. Sei es, daß die Bestimmungen nicht genügend bekannt sind oder nicht beachtet werden, die Klagen über den unlauteren Wettbewerb werden immer lauter. Wohl in hundert Fällen habe der Vereinsvorstand bedeutende Aufklärung ergeben lassen und alles getan, was in seiner Kraft lag, um den realen Kaufmann nicht zu Schaden kommen zu lassen. Jeder Kaufmann habe das Bestreben, so viel wie nur möglich zu verkaufen, dieser Umstand berechtigt ihn aber nicht, einen Ausverkauf anzukündigen. Unter einem Ausverkauf versteht man nur, daß der Kaufmann die Absicht hat, eine Ware zu veräußern, die er durch neue Waren ersetzen will. Alle Ausverkäufe, die von der Veräußerung des Geschäfts, Umkauf oder sonst einem ähnlichen Grunde entzogen werden, sind unzulässig, denn hier ist der Kaufmann nicht die Absicht, die alten Waren zu veräußern, um neue neuen mehr anzuschaffen. Im Gegenteil, er will dann recht viel neue anschaffen. Auch der Weihnachtsausverkauf ist unzulässig. Kein Geschäftsmann denkt daran, die Waren, die er zu Weihnachten verkauft, nicht mehr zu erneuern. Nur in drei Fällen sei der Ausverkauf gesetzlich gestattet. Erstens der Totalausverkauf bei der Auflösung des Geschäfts, zweitens der partielle Ausverkauf eines bestimmten Artikels, den man vollständig aufgibt, um ihn gar nicht mehr zu liefern und drittens der Verkauf eines Bewandes des Warenlagers, der durch elementare Ereignisse gestiftet hat. Gestattet sind allerdings auch die Saison- und Inventurverkäufe, aber nur einmal im Jahre. Der Referent erörtert die Fälle, bei denen bei diesen Verkäufen Vor- oder Nachschub von Waren gestattet ist. Die Angehörigen fanden lebhaften Beifall. Leber den zweiten Punkt der Tagesordnung hob eine lebhaft diskutierte Frage an. Daran beteiligten sich insbesondere Herr und Frau Kollmann und Herr Marsch von der Buchbranche und Herr Jaffe von der Wäschebranche. Sie brachten recht viele Beispiele vor, wie manche Kaufleute die Gesetzvorschriften und den realen Mann schwer schädigen. Es wurde gefordert, daß der Verein härter vorgeht und daß behördliche Anordnungen getroffen werden, daß die Saison- und Inventurverkäufe nur zu bestimmten Terminen stattfinden dürfen. Zu bedenken, daß die Handelskammer den Verein in Ruhe läßt. Herr Schmiedel erwiderte, daß die Handelskammer bereit sei, bei der Behörde Schritte zu tun, wenn genügend Material vorliegt, wodurch bewiesen ist, daß ein Einverständnis notwendig ist. Eine einheitliche Regelung des Saisonverkaufs ließe sich nur erzielen, wenn jeder Branche angibt, in welcher Zeit die Saison- und Inventurverkäufe stattfinden sollen. Bis dato habe es die Buchbranche getan, die die Verkäufe auf die Zeit vom Januar bis zum 15. Februar und vom 30. Juli bis zum 15. August verlegen wolle. Überall, bemerkte Herr Gräfen, bestehen Unklarheiten in Berlin, Leipzig, München, Dresden, vielleicht noch größere, als in Dresden. Die Mitglieder sollen nur für die Zukunft des Vereins wirken, wenn Tausende ihm angehören werden, dann wird er auch mehr Einfluss haben und mehr wirken können. Es wurde eine Resolution gefaßt, die der Handelskammer unterbreitet werden wird.

Die Wirkung der Kaiserbrücke auf den Verkehr. Auch die Anlieger unserer Kaiserbrücke, die sich mit Unbehagen zu Anliegerarbeiten verstehen wollten, haben an den heillosen Wirkungen, die neue Verkehrswege und Verkehrsmittel auf das Verkehrsleben ausüben, gewiß nicht gezwweifelt; aber in materiellen und geschäftlichen Dingen rechnet man nicht gern mit Schwierigkeiten und Möglichkeiten; man will vor gewissen Tatsachen stehen. Daß die Wirkungen neuer Verkehrswege und Mittel aber nicht über Nacht eintreten können, sondern das wirtschaftliche Leben sich allmählich anpaßt, ist ja auch selbstverständlich. So werden auch die von der Eröffnung unserer Kaiserbrücke zu erwartenden Verkehrswirkungen erst nach und nach eintreten. Wie bedeutend indes schon heute die Kaiserbrücke auf Verkehr und wirtschaftliche Verhältnisse der angrenzenden Stadtteile wirkt, beweist folgendes in der Entwicklung der Garbestraße. Diese zwar recht großstädtisch angelegte und behaute Straße zeigte seit ihrer Schaffung fast landschaftliches Gepräge; nachdem aber dort mit Rücksicht auf den Bau der Kaiserbrücke eine Straßenbahnlinie hindurchgeführt, auf der nach Eröffnung der Kaiserbrücke sogar Züge breiter Straßen verkehren, hat sich der Verkehr der Straße fast auf das Zehnfache gehoben. In den letzten Tagen hat man daher dort in dem großen Schaufenster Garbestraße-Meßnerstraße 28 drei neue Läden entstehen sehen, die so geräumig und groß angelegt sind, daß sie sich auf der Schmiedelstraße sehen lassen könnten. Der Vorgarten vor dem Hause ist eingegangen, der Grund und Boden ist an die Stadt abgetreten, die demnächst der Stadtbezirksversammlung eine Vorlage um Mittel zur Erneuerung des Bürgersteiges an dieser Stelle unterbreiten wird. Zwecklos werden in kürzester Frist andere Hausbesitzer diesem Beispiel folgen, und die Garbestraße wird über kurz oder lang der verkehrsreichen Straße Dresdener sein, zumal das Haupt Hindernis für die Entwicklung der Straße, nämlich die Verperrung des Einganges von der Klosterstraße her durch das Pfarrwohnhaus von Mauritius aus demnächst beseitigt werden wird. Der Plan, dieses Gebäude gegen das benachbarte städtische Gebäude einzutauschen, und es dann zum Abbruch zu bringen, dürfte halb zur Ausführung gelangen, und dann könnte das Bahngelände auch von der Klosterstraße her geradlinig in die Garbestraße geführt werden.

Einem geschäftlichen Vernichtungskampf führte seit einiger Zeit der Kaufmann Marsch in der Döbischerstraße gegen die Inhaberin einer ihm gegenüber gelegenen Milchhandlung, die Witwe Dittke Meyer. Um dieser die zahlreichste Konkurrenz abzuwenden zu machen, wurden die verschiedensten Mittel angewandt: Briefe an ihre Kundenschaft geschrieben, allerlei Anzeigen gegen die Witwe wegen geringfügiger Unrichtigkeiten erlassen, wegen deren sie in einzelnen Fällen auch bestraft wurde. Trotzdem aber hielten die Kundenschaft. An einem Sonntag vor Weihnachten war die vom Bäcker gelieferte Milch in eine Eimerische abgefüllt und erst später ins Geschäftsfeld genommen worden. Sie wurde schnell durchwegs lauter und unuerwünscht; die Kundenschaft lieferte sie zurück und die Witwe Meyer mußte für Ersatz sorgen. Am ersten Feiertage wiederholte sich derselbe Vorfall. Ein Mann erbot sich, Woche an stehen. Am anderen Morgen um 6 1/2 Uhr sah er L. aus seiner Wohnung treten, sich an die Milchgefäße begeben und eine Flasche hineinstecken, die später als Milch-Abfüllung festgestellt wurde. Zwischen beiden entspann sich ein heftiger Kampf. Der betrübte Mann erbot sich, der sich in die Finger des wachenden Mannes verwickeln verstanden hatte, fest und brachte ihn mit großer Mühe nach der Polizeiwache.

Der Wandkalender für 1911 liegt der heutigen Nummer der „Volkswacht“ bei. Diesmal ist entzerrt sich der Kalender in schöner, geschmackvoller Ausstattung in Bezug auf Satz und Druck, mit dem Bildnis des Dresdener Rathes. Auf der Rückseite sind die Abwärts- und Aufwärtsseiten der auf den Dresdener Bahnhöfen verkehrenden Züge angegeben.

Der Arbeitsmarkt im Jahre 1910. Am 1. November des laufenden Jahres waren circa 577.000 Arbeitskräfte mehr beschäftigt als am 1. November 1909. Vom 1. November 1908 auf 1. November 1909 hatte die Bevölkerung zuzunahme 376.000 Köpfe betragen. Die Bewegung des Beschäftigungsgrades äußerte sich auf dem Arbeitsmarkte in der Weise, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften bedeutend zunahm. Im März ließ die Besserung nach, aber der auffallendste Sturzvollzug trat im April. Auch im Mai wirkte er noch nach. Im Juni legte sich dann die Besserung wieder kräftig durch, bis im August als eine abermalige Rückwärtsbewegung eintrat, die im Oktober sich besonders bedrohlich äußerte. Erstallereiwerte hat der Monat November wieder ein Anzeichen der Besserung gebracht. Das Nachlassen der Besserung des Arbeitsmarktes in den Monaten August bis Oktober war nicht mehr auf ein Nachlassen der Nachfrage nach Arbeitskräften zurückzuführen, sondern hatte seinen Grund in einer zunehmenden Verkleinerung des Angebotes.

Weihnachtsfeier der freireligiösen Gemeinde. Unter Abwesenheit zahlreicher Mitglieder der Gemeindeglieder und Abhaltung am dritten Weihnachtstage die übliche Weihnachtsfeier mit Einblendung der schulpflichtigen Kinder der Gemeindeglieder statt. Unter einem riesigen Weihnachtsbaum waren die Geschenke für die Kinder ausgebreitet. Jedes von den über 300 anwesenden Kindern erhielt neben dem obligaten Weihnachtsstrießel ein kleines nützlich-geschickliches Geschenk in allen Bischen, Schwestern usw. Der gemischte Chor „Bühnenchor“ sang zur Eröffnung der Feier ein stimmungsvolles Weihnachtslied, währ. end Prediger Tschirn in einer kurzen Ansprache auf die Entstehung des Weihnachtsfestes hinwies. Aus einer Stiftung des Professors Vindler wurden wieder, wie in früheren Jahren, einige Prämien in Gestalt von Sparbüchern an besonders fleißige Schülerinnen und Schüler verteilt. An die Feier schloß sich ein gemütliches Tanzvergnügen an.

Gustav Ermer's Nachfolger. Hiemlich unauffällig berichtete dieser Tage die Presse der „Staatsbehörden“, in Eiserfeld-Steigen sei der Konsumverein von seinem Geschäftsführer um 10.000 Mark bestohlen worden. Der Unredliche sei weit vom Schuß verhaftet worden.

Warum nur diese Zurückhaltung, wo doch dieselbe Presse, wenn ein Mitglied einer unserer Gewerkschaften eine auch nur geringfügige Unterschlagung begeht, oder wenn in einem nahe liegenden Konsumverein Unordnung festgestellt wird, dieselbe Presse dies als eine Frucht der unmoralischen sozialdemokratischen Erziehung denunziert und Apokalyptikreden über die „berühmten Arbeitervorkämpfer“ ergießt? Warum so stille über den Zusammenbruch des Eiserfelder Konsumvereins? Warum so zerscheltend gegen seinen Geschäftsführer Will, der die 10.000 Mark unterschlagen hat?

Der Eiserfelder Konsumverein ist eine „christlich-nationale“ Gründung und der Vertrauenswürdige Will ist ein „christlich-nationaler“ Arbeiterführer! Das ist bei jedem Reden. Will und — Ermer, der langsam bekannte Weichenführer, gehörten zu den Hauptgründern des Konsumvereins. Später alina Ermer als „rechtsstreuer“ Exekutive nach Waldenburg, Will und Genossen bildeten die Geschäftsführung. Wie, das zeigt der letzte Zusammenbruch. 10.000 Mark Arbeitergroschen hat die „christlich-nationale“ Staatsbürokratie unterschlagen! Er scheint seine verbrecherische „Geschäftsführung“ jahrelang unbehelligt betreiben zu haben. Daß er gleichzeitig „für Thron und Altar“ eintrat und „Kote“ verschleifte, sicherte ihm das Vertrauen der „Staatsbehörden“. Nun ist sein Verbrechen entdeckt — und jetzt will die „christlich-nationale“ Presse mitleidig vertuschen, daß der Verbrecher einer der bekanntesten „christlich-nationalen“ Sozialistenfreier im Regensburger Lande war.

Wäre der Vertrauenswürdige ein Mitglied unseres Verbandes oder gar ein sozialdemokratischer Führer gewesen, wir hätten das Geheimnis befehlen sollen! Mit wuchtigen Anklagenartikeln hätte die „staatsbehaltende“ Presse den Fall gegen die Arbeiterbewegung ausgeschlachtet. Nun aber herrscht mitleidige Stille über den „staatsbehaltenden“ Gewäffern. Denn die 10.000 Mark hat eine „christlich-nationale“ Staatsbürokratie unterschlagen.

Im Waldenburger „Weltblatt“, dem „Feterabend“, ist natürlich auch nichts vor dem christlich-nationalen Pech zu lesen. Trotzdem Will noch viel frömmere war, wie Gustav Ermer, so hat ihn doch seine Frömmigkeit nicht davor bewahrt, die christlich-nationalen Bergarbeiter zu bestehlen. Ermer, der früher Geschäftsführer des Konsumvereins war und schließlich das Weite suchen mußte, weil herausgefunden war, daß er sich von einigen Referenten 2-3 Prozent Provision verbrochen hatte, hatte demnächst verstanden, sein Abend zu wechseln, als es ihm zu sehr ludte; sein Freund Will aber setzte mit frommer Milde ungentert sein Treiben fort. Und solche Leute wollen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bestimmen! Arme Gegner!

Prüfung der weiblichen Frauen. Am 19. September bekamen die Kinder der Frau Ernestine Leuschner und Frau Kasubke in Oltschitzin Streit, der sich leider auch hier auf die beiden Mütter ausdehnte. Die Beschuldigungen, die sie sich gegenseitig an den Kopf warfen, waren nicht so ohne. Frau Leuschner zeigte sich aber am freibleibaren. Sie nahm einen Heidenfisch und hieb damit un' armherzig auf ihre Gegnerin ein. Dann tunkte sie Frau Kasubke den Haaren und zog sie in den Hof. Frau Kasubke wehrte sich zwar, blieb aber doch die Schändliche. Nun kam sofort noch der Mann der Leuschner dazu und hielt Frau K. an den Händen fest, so daß es seiner Frau möglich war, ihre Gegnerin noch mehr zu verprügeln. Vor dem Schlichtengericht am Mittwoch gab er an, er wolle nur die Weiber auseinander bringen, sei aber zu schwach dazu gewesen. Das Gericht glaubte ihm das nicht. Der Staatsanwalt beantragte gegen Frau Leuschner 1 Monat und gegen ihren Mann 3 Wochen Gefängnis. Frau Kasubke legte ein gutes Wort für ihre Gegnerin ein, damit sie nicht ins Gefängnis komme. Das Gericht berücksichtigt dies auch bei der Strafmaßnahme und billigte den Angeklagten mildernde Umstände zu, indem es beide nur zu einer Geldstrafe von je 9 Mark eventl. 3 Tage Gefängnis verurteilte.

Stadt-Theater. Die „Wagners“ mit Hef. Kemp in der Titelrolle. Freitag: „Der Troubadour“ in Verbindung mit „Cavalleria rusticana“. Sonnabend am Silvesterabend gelangt Nicolai's Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ zur Aufführung. Am Neujahrstage ist „Lautschauer“ angelegt. An allen Nachmittagen wird Ostor W. & Weihnachtsmärchen „Kolobypchen“ gegeben. (3. Uhr.)

Lobtheater. „Das Wollkantenmädel“ wird heute Donnerstag wiederholt. Freitag: „Räuberliebe“. Sonnabend am Silvesterabend und am Neujahrstage wird „Das Wollkantenmädel“ aufgeführt. **Im Thalia-Theater** findet am Neujahrstage eine Aufführung der Schaur „Der Feldherrnhügel“ von Roba Roba und Karl Müllers statt. Als dritte Vorstellung für Gruppe F wird Sonnabend Hirschs „Was der junge Wein spricht“ gegeben. Als Abonnement-Vorstellung für die Mitglieder des Humboldt-Vereins (rote Karten) geht heute Donnerstag Gerhart Hauptmanns Schauspiel „Fuhrmann Henschel“ in Szene. Als Volksvorstellung für Kinderbewilligte wird Freitag das Lustspiel „Der neue Stillsars“ gegeben. **Schauspielhaus.** Am 21. Male wird heute die Oper „Quo vadis“ gegeben. Heute Nachmittag wie an den folgenden Tagen gelangt das Märchenstück „Die goldene Kugel“ zum ersten Mal zur Aufführung. Freitag wie am Neujahrstag Abends 8 Uhr finden Wiederholungen der mit großem Beifall angenommenen Opern „Die Hans, der glückseliger“ statt. Sonnabend geht bei ermäßigtem Preisen die Offenbachsche Operette „Die sieben Söhne“ in Szene.

Belegarten. Nur noch drei Abende bleibt das soeben erwähnte Belegarten-Programm mit seinen 11 Attraktionen in Kraft: 1. a. treten auf: 1. Der Mensch, 2. Domes, 1. Herr, liegende Menschen; Willi Robert, Domoist; Weraury, Domoist; „Der Für zu Verbe“ und „Färentinglampf“. Sonnabend, 31. Dezember, ist großer Silvesterball.

Walmenarten. Erste Donnerstag ist das erste große Ansehen & la München mit vielen ihr Präsenz ganz neuen Lieberalchmann. Zwei renommierte Kapellen, das Tannen-Trompetenkorps, bestehend aus 16 Personen, und die Musikgesellschaft V. Giller'scher, sorgen für die musikalische Unterhaltung. Eintritt frei. Zum Anschauen der Kunst ist 10 Pf.

Verunglückter Fensterputzer Ein am 27. d. M. auf der Döbischerstraße mit dem Reinigen der Fenster im 1. Stock beschäftigter Fensterputzer stürzte durch Rutschen der Leiter so unglücklich auf das Straßenpflaster, daß er sich einen Schädelbruch zuzog, der seine Heilung in das Kaiserliche-Hospital erforderlich machte. 8 Wundmale Kleinfische getroffen. Als am Sonntag Abend der Verunglückte zöger Schermer zwischen 8 und 6 1/2 Uhr die Kleinfische eines Offiziers auf der Ausgahrampe der Spädi ausgegeben Hauptbahnhof niederlegte und sich für einen Augenblick verweilte, wurde die Leiter gelöst. Die braune Kleinfische mit dem Monogramm S. B. enthält Wundmale, die sich in Silberfäden, Wände. Sehr unglücklich und auch umhergehenden für Feindant Ned in Polen. Schermer, der den Schaden tragen muß, hat auf die Wiedergutmachung der Sache nebst Zahlung einer Entschädigung von 20 M. angeklagt.

Neueste Nachrichten.

Ein Bild zum Schreien!
Rom, 29. Dezember. In der Audienz, die Prinz Max erstern bei dem Papste hatte, konnte der Prinz seine große innere Erregung nur schwer meistern. Er warf sich dem Papste in die Arme, um den heiligen Vantoffel zu fassen und hat mit bewegten Worten um Vergebung wegen des Schmerzes, den er ungewollt dem Heiligen Vater bereitet hätte. Dieser „hob den Prinzen absto auf“, versicherte ihn seiner unveränderlichen herzlichen Liebe und lobte seine Demut und Bräuterei, die schraff die unbeachteten Worte des Königs wieder vergessen machen würde. Dem Prinzen würde, so wünscht er, der Heilige Vater, bei seiner weiteren fortschreitenden Lebhaftigkeit in Freiburg, diese unverachtliche Stunde um Segen gereichen. Darauf kündigte sich der Papst angehend nach dem Pflichten der Mitglieder der königlichen Familie. Prinz Max telegraphierte sofort seinem väterlichen Bruder den „glücklichen Ansbang“ der Audienz. Er reist schon heute wieder von Rom ab, um sich unverzüglich nach Freiburg zurückzubehenen.

Christliche Demonstration.
Waldhausen i. G., 27. Dezember. Der Vorstand der Demokratischen Partei beschloß einstimmig, seine Parteimitglieder und alle freiwillig gesinnten Bürger aufzufordern, sich an den für kommenden Sonntag von den Sozialdemokraten geplanten öffentlichen Protestkundgebungen zur Verfassungsreform zu beteiligen.

Ausbau der öffentlichen Arbeitnachweise.
Karlsruhe, 29. Dezember. Gemäß einer früheren Entscheidung um weiteren Ausbau der öffentlichen Arbeitnachweise in Baden hat das Ministerium des Innern die Mitglieder des Reichsversicherungsamtes nebst zwei Beamten von Arbeitsnachweisanstalt in, sowie Be tretern zweier Streifenämter, der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Landwirtschaftskammer sowie Personalien von Verein anfragen der Arbeiter- und Arbeitgeber zum 14. Januar zu einer Prüfung eingeladen.

Türkische Kämpfe.
Konstantinopel, 28. Dezember. Die Kämpfe zwischen einem neuen Kampf mit Draken bei Katal. Die Draken, die in die Kämpfe geschlagen wurden, verloren 450 Tote und Verwundete, 600 eroberten sich. Die türkischen Truppen hatten 84 Tote und Verwundete.

Kasernenbrand.
Paris, 29. Dezember. Ein lurchdarter plöblich ausgebrochener Brand in der Kaserne von Compiègne verursachte einen Schaden von etwa 2 Millionen Francs. 12.000 Gewehre, alle Uniformen des 54. Infanterie-Regiments, sowie des entworfenen Reserve- und Territorialregiments wurden zerstört. Als Ursache wird mangelhafte Rauchschlamm der Heizung angegeben.

Konflikte einer Zeitung.
London, 29. Dezember. Anfolge heftiger Angriffe auf König George von England und die königliche Familie wurde hier die republikanisch-anarchistische in Paris produzierte Zeitung „The Liberator“ konfiszieren. Ein Mann, welcher hier in London und in anderen Ländern den Vertrieb der Zeitung leitete, wurde verhaftet. Er wurde sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt und dem Richter sofort Sonderhaftung des Gerichts unter Aufsicht der Deputierten unter Anklage gestellt werden. Die Polizei ist im Besitze der Namen und Adressen sämtlicher Käufer und Geschäftswesen, in denen die Zeitung gelesen wurde. Mehrere Verhaftungen stehen unmittelbar bevor. Noch im Laufe des gestrigen Tages hielt die Polizei unmittelbar nach der Verhaftung des Leiters der Verbreitung der Zeitung auf englischem Boden eine Hausdurchsuchung ab in einem der Logierhäuser und konfiszieren in einem der Schreibische eine dortigen Bewohners über 200 Kopien des „Liberators“.

Waffenstands-Nachrichten der Oder.

Regiment	Waffen	Stand	Verluste	Reste	Ort	Ursache	Personen	Dresden	Ergebnis
29. 12.	17.0810.9812.651	13.7512.401.4.9813.2012.3.12.115.541	0.06.2.171						
28. 12.	12.2511.2.12.8110.0713.8212.5515.0813.8412.5012.2015.441	0.1812.4312.5							
Witten	17.6810.9812.1210.4212.4612.0714.0712.9811.5811.501	0.1411.8811.1							

*) Unteroffiziergehälter. Rottweil 3,50; für Dresden (Oder) Ober-Regiments 8,25

Wer seine Zeitung pünktlich haben will,
muss eines in erster Linie beachten: Die genaue Angabe seiner Wohnnung! Wer nun am 1. Januar versäumt, zu antworten, insbesondere Schein genau anzufügen und der Zeitungsgesellschaft mitzugeben:
Bisherige Wohnung: _____
Wo wohnen Sie nach dem 1. Januar? _____
Vor allen Dingen vergesse man nicht, seinen Bezugsnamen auf die folgende Seite zu setzen: _____
Wer dies tut, erhält pünktlich seine Zeitung in die neue Wohnung.

E. Barra, ...

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern der ...

Abzahlungsgeuchäfte ...

Alkoholfreie Getränke ...

Bäckerien und Konditoreien ...

Badeanstalten ...

Bandagisten ...

Berufskleidung ...

Bier-Brauereien ...

Blumen u. Kostümstücke ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Färberei u. Wäscherei ...

Fische u. Delikatessen ...

Fleischereien u. Wurstfabriken ...

Frisuren und Barbieren ...

Gardinen, Teppiche ...

Garten- u. Spielwaren ...

Grabenmäler ...

Grabenmäler ...

Graben- und Türschilder ...

Grammophone, S. rechenmaschinen ...

Haus- u. Küchengeräte ...

Hängelampen, Tischlampen etc ...

Herrn-Garderobe ...

Herrn-Artikel ...

Hochzeitgeschenke ...

Hüte und Mützen ...

Landau, Adolf ...

Hüte und Mützen ...

Hüte und Mützen ...

Hüte und Mützen ...

Hüte und Mützen ...

Hüte und Mützen ...

Hüte und Mützen ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Kaffee, Tee ...

Der Moabiter Prozeß.

Berlin, 28. Dezember 1910.

Zunächst wird wieder in die Erörterung der Vorgänge in dem Moabiter Lokal eingetreten. Die Schutzleute Lehmann und Menze bekunden dazu, daß die Leute auf sie zu gehen versucht habe. Die Schutzleute begleiteten einen Kohlentransport nach der Landwehrstraße, der schon auf dem Hinwege mit Steinen beworfen wurde, so daß verschiedene der mitfahrenden Arbeiter blutende Verletzungen erlitten. Ein Mann wurde deshalb verhaftet. In seinen Taschen fand man Steine vor. Als man auf dem Rückwege an dem Lokal von Witz vorbeikam, hat Witz nach Angabe der Schutzleute vor der Tür gestanden und der Menge geredet: „Wollt die Hunde von den Pferden herunter! Als dann die Menge ankam, mit Steinen zu werfen, schrie er wiederholt: „Nest, immer fester!“, um dadurch die Umstehenden noch mehr zum Werfen mit Steinen anzuweisen. — Der Angeklagte Witz behauptet, er habe überhaupt nicht vor der Tür gestanden und sich keinesfalls in dieser Weise betonnen; es müsse ein Irrtum in der Person vorliegen. Die Schutzleute bleiben jedoch bei ihren Angaben. — Rechtsanwalt Liebnicht bemerkt, es sei doch auffällig, daß Witz wegen dieser Sache nicht sofort zur Anzeige gebracht worden sei, da man ihn doch kannte. — Zeuge Lehmann erklärt, es sei in jenen Tagen so viel betriebliges geschahen, daß man nicht jeden Einzelnen hätte anzeigen können.

In der Sitzung am Mittwoch werden eine große Reihe von Zeugen über die Glaubwürdigkeit des Malermalers Marunde vernommen, der dem Gastwirt Witz so schwer belästigt hat. Marunde wollte am 17. und 23. September im Witzschen Lokal gewesen sein und dort den Witz schwer belästigende Wahrnehmungen gemacht haben. Eine ganze Reihe von Zeugen bestätigen den Marunde als einen völlig ungläubwürdigen Menschen, der allerdings nicht bewußt lüge, sondern sich die merkwürdigsten Sachen einbilde. Er hat einmal einen Baumstamm erlitten und erzählt nun, infolge dessen seien ihm zwei goldene Rippen und ein elfenbeinernes Schulterblatt eingesezt worden. Derartige Dinge erzählt er eine ganze Reihe. Außerdem bringt er auch die ungeheuerlichsten Behauptungen vor, die sich bei näherem Zusehen stets als Schwindel erweisen. An den bewußtesten Tagen hat er auf dem Bau bis 6 Uhr Abends gearbeitet und kann daher gar nicht im Witzschen Lokal zu der von ihm angegebenen Zeit gewesen sein. Es kommt hinzu, daß am 29. September das Witzsche Lokal polizeilich schon um 5 Uhr geschlossen wurde. Nach seiner Vernehmung vor mehreren Tagen ist Marunde zu einem Schneidermeister Möller gegangen und hat dort gesagt: „Wenn nur der Lehrling nichts aussagt, sonst falle ich rein.“ Dieser Lehrling, der heute vernommen wird, sagt aus, daß er mit Marunde bis zum Schluß der Arbeit am 27. und am 28. September auf dem Bau gewesen ist. Ausgeschlossen ist trotz alledem nicht, daß Marunde im Witzschen Lokal gewesen ist, aber vielleicht acht Tage später, denn die Kohleleger, mit denen er sich auf dem Bau geant hat, haben will — er hatte gesagt, am 1. Oktober war der Streik und am Dienstag vorher sei er in Moabit gewesen —, diese Kohleleger bekunden, daß der Streik acht Tage länger war, und außerdem hat der Streik sich nicht um die Moabiter Vorgänge gedreht, die Kohleleger haben auch nicht gesagt, sie wollten nach Moabit gehen, um dort die Schutzleute mit dem Witz zu stechen, sondern der Streik drehte sich darum, daß Marunde die Schulden, die er bei ihnen hatte, bezahlen sollte.

Verschiedene Zeugen hatten unter anderem bekundet, daß Marunde sich ihnen gegenüber als Kriminalbeamter ausgegeben habe. Marunde bestritt das. Auf Wunsch von Rechtsanwält Liebnicht verlangt die Fassung des Protokolls in der Weise, daß die Zeugen behauptet hätten, Marunde habe ihnen eine Legitimationskarte angeboten nicht als Kriminalbeamter, sondern als Zeugen dafür, daß er für die Polizei tätig sei. Der Gerichtshof lehnt jedoch diese Protokollfassung als nicht erforderlich ab. Nach Vernehmung einiger weiterer Zeugen zum Fall Witz erklärt der Erste Staatsanwalt, daß er selbst auf das Zeugnis von Marunde nicht allzuviel Wert legt. Damit ist der Fall Witz erledigt.

Die Verhandlung wendet sich zu einem Vorfall, der sich am 28. September in der Bredeowstraße abgepielt haben soll. Wie erinnerlich hat vor mehreren Wochen ein Zeuge, der Förster a. D. Prebow, erzählt, er habe von seinem Balkon aus beobachtet, wie ein einzelner junger Mann in der Bredeowstraße von einem Polizeileutnant geschlagen und von Schutzleuten mißhandelt sei. Die Staatsanwaltschaft hat nun die in Frage kommenden Beamten geladen. Von diesen erzählt der Polizeileutnant Schirmer, er habe die Bredeowstraße säubern wollen und auf einen einzelnen Mann, der ihm entgegengekommen sei, mit dem Säbel eingeschlagen. Ob er ihn ge-

troffen habe, wisse er nicht. Er halte sich für berechtigt, in solchen Fällen auch auf einzelne Passanten einzuhauen. Ein Wachmeister ergänzt die Aussage des Leutnants dahin, daß der junge Mann die Abficht gehabt habe, mit Steinen zu werfen, und deshalb von ihm verfolgt worden sei. Ob es sich tatsächlich um ein und dieselbe Person handelt, war nicht zu ermitteln. Aber selbst wenn der Leutnant auf den Mann eingeschlagen hat, den angeblich der Wachmeister verfolgte, so ändert das an der Sache selbst nichts, denn der Leutnant gab ja zu, daß er gar nicht gewußt habe, ob der Mann etwas getan habe oder nicht. Die Aussage des Försters a. D. wird durch eine ganze Reihe von Zeugen bekräftigt. Die weitere Verhandlung wurde auf Donnerstag vertagt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Zur Frage des Arbeitermangels auf dem Lande.

Die Junter und ihre Bundesgenossen klagen immer in den bewegtesten Tönen, daß trotz der „hohen“ Löhne — in der Tat sind es Hungerlöhne — und der völligen Freiheit auf dem Lande, — der Arbeiter fehlt freilich nur die Freiheit der Knirschigkeit — es nicht möglich sei, die Arbeiter zu halten, denn alles bränge sich nach der Industrie, obgleich es dort viel schlechter sei.

Einen netten Beitrag dafür, wie schön es mit den Landarbeitern in Punkte Lohn, Arbeitszeit und Freiheit bestellt ist liefert ein Rittergutspächter aus dem brandenburgischen Kreis Rathenow. Ein Arbeiter aus Skatowitz, der vor mehreren Jahren dort tätig gewesen, bewarb sich schließlich um eine Stellung auf diesem Gute, und erhielt darauf folgende Antwort des Rittergutspächters:

Dom. Wollert bei Spang, den 21. November 1910.

Herrn Arbeiter Alfred Spang - Skatowitz.

Auf den gestern empfangenen Brief erwidere ich Ihnen, daß noch eine Wohnung frei ist. Sie können als Arbeiter antommen. Die Lohnverhältnisse sind folgende: Freie Wohnung mit Stall und Gartenland. 70 Zentner Kartoffel pro Jahr. 20 Ruthen Rübenland. 30 Mark Feuerungsgeld pro Jahr. Varen Lohn vom 1. Oktober bis 1. April pro Tag 1,25 Mark vom 1. April bis 1. Oktober 1,75 Mk. Die Frau im Winterhalbjahr 0,80 Mark, im Sommerhalbjahr 1,20 Mark. Vorkosten, binden und aufheben 2 Mark pro Morgen. Grasmähen pro Morgen 1 Mark. Ich bemerke aber gleich hiermit, daß ich mich nicht verpflichte, daß Sie unbedingt mähren müssen, denn wenn ich Sie während des Mähens zum Beispiel zum Lupten bestellen in den Moosgrasbüscheln gebrauche, müssen Sie unweigerlich diese Tagelohnarbeit verrichten. Naturgemäß wird ja selbstredend danach hingearbeitet, daß man möglichst viele Mäher hat. Die Sache könnte aber nicht so gehen und gebunden will ich nicht sein. Die Kartoffeln werden in Akord ausgemacht.

Die Wiesekosten werde Ihnen vorzählen, jedoch werden dieselben im Laufe des Jahres vom Lohn von 50 Zentnern einbehalten. Wenn Sie zwei Jahre hier sind, will ich Ihnen die halben Reiskosten schenken. Auf Grund dieses Briefes, den Sie aufzubewahren haben, um ihn bei Aufstellung des Arbeitsvertrages vorlegen zu können, wird der Arbeitsvertrag mit Ihnen hier abgeschlossen werden.

Die Arbeitszeiten sind folgende: Vom 1. April bis 1. November von 5 Uhr früh bis 7 Uhr Abends. Im Winterhalbjahr von 6 bis 6 Uhr. Hierzu bemerke ich, daß die Zeit im Winterhalbjahr ganz von der Jahreszeit abhängig ist. Im November und März wohl etwas länger, dagegen im Weichnachten herum noch verkürzt wird. Im Winter wird die Zeit in eins abgearbeitet ohne Mittag zu machen, dann ist um 4 Uhr Feierabend. Es wird gewährt 1/2 Stunde Frühstück und Besper und eine Stunde Mittag im Sommer. Im Winter 1/2 Stunde Frühstück und eine Stunde Mittag, die genaue Bestimmung der Arbeitszeiten behalte mir natürlich vor.

Die etwa in der Zwischenzeit an-enommene politische Stimmung werden Sie dort lassen müssen; denn nur mit tüchtigsten Arbeitern arbeite ich zusammen. „Wessen Brot ich esse, dessen Vieh ich fange.“

Sie können mir hierauf antworten, ob Sie kommen wollen.

Arz.: Gebhard Lübeck, Rittergutspächter.

Mit diesem Kulturdokument trafen auch 50 Mark Reise- geld ein. Nachdem Spang die Löhne, die Arbeitszeit und den schönen Akordpreis eingehend studiert und so traurig er die

Verhältnisse sond, hier dennoch Vertrag schließen wollte, kam er doch zu dem Schluß, daß er Herrn Lübeck die 50 Mark zurückzahlen muß, da er unmöglich dort arbeiten kann, wo er neben der Arbeitkraft für kleinen Lohn auch noch die politische Bestimmung verkaufen sollte. Zu dieser Herabwürdigung konnte er sich trotz seiner Arbeitslosigkeit nicht verstehen.

Der Brief, und besonders der letzte Satz, betreibt wieder einmal, wie es im Lager der Junter mit dem Lektor Reht: die politische Bestimmung soll in diesem Falle in Rathenow bleiben, und als „Königsreuer Arbeiter“ soll der Einzelende kommen, allerdings im Reiche der Junter das Lied gesungen würde, dessen Brot die Landproleten essen. Ob sich der Rittergutspächter Gebhard Lübeck allmächtig bewußt werden wird, daß er es eigentlich ist, der das von den Proleten verdiente Brot ihm Ober meint Herr Lübeck, er könne selbst das von ihm gepackte Land bearbeiten?

Die Polen-Enteignung.

Gleich nach Neujahr soll eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums sich mit einem Antrage der Anlieberungskommission der Polen und Wirtspreußen befassen, der die Inanspruchnahme der Enteignung von polnischen Gütern in der Ostmark fordert. In der preussischen Regierung besteht bekanntlich keine Neigung, von dem Enteignungsgebot Gebrauch zu machen. Da aber eine Interpellation über diese Frage im Landtag zur Erörterung kommt, wird das Ministerium sich in der Sitzung auch gleich über die Antwort darauf verständigen.

Die linkskonservative „Post“ behauptet, Kenntnis davon zu haben, daß dem preussischen Landtag ein Gesetz gegen die polnischen Parzellierungs-Banken vorgelegt werden wird. Darin sei eine notwendige Ergänzung des Enteignungsgebotes zu erblicken. Auf diese Weise werde die Regierung imstande sein, dem Vordringen des Polentums Schranken zu setzen. Das Volk verlangt aber, daß außerdem auch noch das Enteignungs-Gesetz angewendet werden müsse.

Guhrau, 28. Dezember. Ungetreuer Kassierer. Im Sommer dieses Jahres hatte der Maurer Arthur Jäkel hier als Kassierer und Vertrauensmann der neugegründeten Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer nicht allein die einmündigen Beiträge für sich verbraucht, sondern auch den Hilfskassierern in ihren Büchern mehr Marken eingetragen, als dieselben erhalten hatten, und die Fälligkeit sogar durch schätliche Fälschung der ursprünglichen Zahlen herbeigeführt. Der Schaden der Gewerkschaft betrug dadurch über 100 Mark. Rath nach der Veruntreuung des Schwand J. aus dem hiesigen Geleite, Frau und Kinder zurücklassend, ohne der Gewerkschaft, wie es seine Pflicht gewesen wäre, Mitteilung über seinen neuen Aufenthaltsort zu machen. Erst nach langer Zeit gelang es, denselben zu ermitteln. Von der ausbedungenen Rückzahlung der veruntreuten Gelder hatte J. nichts merken lassen. So erfolgte denn die angebotene Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, womit sich die Magister Straßmann in der vorigen Woche beschäftigte. Seine Tat entschuldigte der ungetreue Kassierer von Arbeitergeldern mit Strafbuß und mit, wie wohl in der Presse seiner Umgebung nicht unbekannt geblieben war, daß er trotz „Arbeitslosigkeit“ noch im Stande war, eine schätliche Vermögensgröße nach seinem jetzigen Aufenthaltsort zu unternehmen, nämlich auf Kosten des Verbandes. Für etwa 42 Mark Beitragsmarken will er auch auf seiner Reise „verloren“ haben. Das Gericht nahm nur einfache Unterlassung an und beurteilte den Angeklagten zu nur 20 Mark Geldstrafe eventuell vier Tagen Haft.

Siegnitz, 28. Dezember. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am Mittwoch in den frühen Nachmittagsstunden in dem Hause Frauenstraße 14. Eine dort in der vierten Etage wohnende verwitwete Hausbesitzerin hantierte mit dem Spiritusflasken und der Spiritusflasche. Dabei gerieten die Kleider der Frau — ob durch Explosion oder Umstoßen des Kofers konnte noch nicht festgestellt werden — in Brand und im Augenblick war nicht nur sie selbst, sondern auch ihr kleines neben ihr stehendes Kindchen über und über in Flammen gehüllt. Ehe es den auf die entsetzlichen Hilfserufe herbeieilenden Hausbewohnern gelang, die Flammen zu ersticken, hatten sie so schwere Brandwunden erlitten, daß das kleine Mädchen starb, während die Mutter durch die Sanitätskolonne nach dem Kronenhaus überführt wurde. Wie gerüchelt wurde, soll die Unfälle auf dem Transport ebenfalls verstorben sein. — Eine ernste Mahnung zur größten Vorsicht beim Umgang mit Spiritus oder Petroleum.

Aus aller Welt.

Töblicher Akt eines Aviatikers mit seinem Passagier. Als der Pilot der Antonette-Beule, der bekannte Aviatiker Raffont, mit dem Spanier Bolla, der einen Antonette-Balloon zum Wettbewerb Paris-Brisel gekauft hatte, einen Probeflug in Flly unternahm verlegte in 300 Meter Höhe das Steuer und der Apparat überflieg sich. Bei dem Sturz wurde Raffont der Schädel zertrümmert. Bolla erlitt schwere Verletzungen. Beide starben nach wenigen Augenblicken.

Ein heftiger Sturm wüthete in der Nacht zum Mittwoch im Westerwald, in der Pfalz und in Süddeutschland. Weite Strecken des Westerwaldes sind vom Telegraphen- und Fernsprechverkehr völlig abgeschnitten, da die Telegraphenmasten gerammt sind. Der Telephonverkehr mit Süddeutschland ruht vollständig. Der Schneesturm verursachte auch in ganz Baden schwere Verkehrsstörungen. Das Telephonnetz ist zum größten Teil vollständig unterbrochen. Auf der Eisenbahnlinie Mannheim-Heidelberg zwischen Freudenheim und Sodenheim wurden etwa 60 Telegraphenmasten vom Winde um-eissen, so daß sie sich auf die Gleise und die Landstraßen leiten, so daß nicht nur die Züge, sondern auch Automobile und Kraftfahrzeuge von den Stangen sozusagen eingefangen wurden und weder vor- noch rückwärts konnten. Der Verkehr konnte deshalb nur bis Freudenheim geführt werden. Dort mußten die Fahrgäste aussteigen und den Rest ihres Weges zu Fuß zurücklegen. Zu den Räumungsarbeiten auf der Strecke wurden 50 Soldaten kommandiert. In der Pfalz erlitten sämtliche Abend- und Nachtzüge mehrstündige Verspätungen. Der Verkehr auf den Strecken von Worms nach Speyer, Neustadt a. d. Sarb nach Frankenthal ist vielfach unterbrochen. Besonders in Frankenthal hat der Schneesturm bedeutende Verheerungen angerichtet.

In Fernis, Sachsen-Anhalt, ging in der Nacht ein harter Gewitter nieder. Die Temperatur war wie im Mai. Die größten Blitze und der Donner waren auch in der Umgebung wahrnehmbar.

Der Dicht aus Teneriffa meldet ein schweres Unwetter und große Ueberflutung von den Kanarischen Inseln. Die Gomereinsel wurde besonders schwer heimgesucht, viele Häuser stürzten ein und 25 Personen, meist Kinder, kamen ums Leben. Auch in der Gegend von Bilbao ging ein heftiges Hagelwetter, das von einem orkanartigen Winde begleitet war, nieder. Zwei Flußschiffe sanken, die Bemannung wurde gerettet.

Die Feuerspritze als Ketterin der Lokomotive. Ein Eisenbahnunfall, und zwar keines der gewöhnlichen, landläufigen Sorte, sondern ein modernes, hat sich vor den Toren der badischen Residenz- und Hauptstadt Karlsruhe zugetragen. Die Dampftrasse sind den Autos gewöhnlich nicht gut Freund und hernehmen sie, wo sie erwischen. Auch die Albtalbahn Karlsruhe - Herrnsdorf hat diesem Verkehrsmittel der Gegenwart schon böse mitgegeben; in Zukunft dürfte sie sich etwas dankbarer erweisen müssen, denn ein Auto hat eine Albtalbahnhof Lokomotive gerettet. Dies ging nämlich so zu: Infolge eines Eisenbahnunfalls in Ruppurr (Zusammenstoß eines Zuges mit einem Fuhrwerk) war es nötig geworden, den halbständigen Bahnverkehr durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrecht zu erhalten. Es fuhren die Züge von Ettlingen bis zur Unfallstelle bei Ruppurr. Dort holte die für solche „Fahrplanhindernisse“ vorgesehene Reserve Lokomotive vom entgegengesetzten Pol die Fahrgäste ab, um sie nach Karlsruhe zu bringen. Das kombinierte Betriebssystem funktionierte so lange, bis das Wasser im Speisereservoir der Dampftrasse der Reserve Lokomotive zu Ende ging. Dann war guter Rat teuer. Woher geschwind Wasser nehmen? Es ist infolge der Bahnhofsverlegung kein Wasserpeilapparat mehr da. Die Not liegt in des Wortes ernstester Bedeutung bis zur Sieberhöhe, mit großer Gefahr für den Dampftrasse. Man telephonierte bringend an die Karlsruher Berufsfeuerwehr um Ueberführung von Hydrantenrohr und Schlauchen. Die Feuerwehr nahm ihr schnellstes Gerät, die Automobilspritze, und fuhr los zur Albtalbahn. Inzwischen hatte der Zug die Station bereits verlassen. Kurzweg jagte die Automobilspritze dem in Ruten leuchtenden Dampftrasse nach und erreichte es glücklich im Nordteil Ruppurr — wo die Spritze neben der Maschine hielt und sie trankte. Ein rührendes Jähll: der Duff der Lokomotive durch eine Feuerspritze „gelöscht“.

Durch Krähnen gerettet. Durch Krähnen gerettet wurde wie aus Halle gemeldet wird, eine Maurerfrau, die infolge eines Schwindelfalles in den Mählarben araten war. Durch das auf-fallende Krähen der Krähnen wurden aber Passanten aufmerksam und holten die Frau heraus.

Ein Mißvergnügen des bayerischen Staates. Wie der „Bayer. Courier“ meldet, sind die von der bayerischen Regierung unternommenen Versuche zur Ausnutzung des Bergwerks Stockheim in der Oberpfalz gescheitert. Der Staat verliert zwei Millionen Mark.

Erdbeben in Griechenland. Aus einer Reihe von Ortschaften der Provinz Elis treffen alarmierende Nachrichten von heftigen Erdbeben ein, die von großem unterirdischem Getöse begleitet sind. Viele Häuser erlitten ge-ährliche Risse; an vielen Stellen sind Erdbspalten entstanden. Die Panik unter den Bewohnern ist groß und wird durch schwere Regengüsse noch erhöht. Die Gemeinden ersuchten die Regierung um Hilfe. Die Erdbeben dauern noch an.

Verführerinnen in einem russischen Hospital. Der Palatinshospital in Petersburg sind große Verführerinnen und Diebstähle erwidert worden. Der Verwalter des Hospitals Kifliew ist gestürzt. — Aus Schitomir wird gemeldet: Bei umfangreichen polizeilichen Hausdurchsuchungen entdeckte man geheime polnische Klosterherbergen, die offiziell als Werkstätten für Priestergehilfen galten, tatsächlich aber dem Laifer dienten. Frauen und Mädchen von 12-30 Jahren wurden dort angetroffen.

Literatur.

Max Liebermann. Eine Kunstgabe, 4 Teilbilder von 14 Holzschnitten (Kunstablätter) nach seinen schönsten Werken. Mit einer Einleitung in Mappe geheftet nur 1 Mark. Verlag von Jof. Scholz in Mainz. Eine Sammlung, die immer von neuem Freude zu wecken vermag und das Herz bezaubert. Max Liebermann, zuweilen wohl zu den „Armeelied-Malern“ gezählt, führt uns in seinen schlichten Gemälden nicht Menschen, sondern man möchte sagen, Menschenleben vor die Augen; denn diesen Menschen blickt man in ihr innerstes Herz hinein und fast sie selbst voll Liebe in das eigene Herz. Ob wir die Alte sehen beim Kartoffelschälen oder Strumpfstöpseln, ob wir die Kinder in ihrer Spielstube sehen oder die Waisenmädchen auf ihrem Dose, ob wir die Alten sehen in ihrer Ruhestunde, ihre Gesichter der lebendigste Ausdruck der Erfahrung eines harten Lebens, ob wir in die Schürstube blicken, wo selbst der Lehrling, von dem wir nur die Rückseite sehen, uns den ganzen Ernst der Arbeit zu Herzen führt, oder in die Spinnerei, ob wir das Kind sehen, die Schafe weiden und doch so ernstlich schlafen, oder den Greis, der müde von Weg und Last sich zum Entzügen niederzulassen muß, — alle diese einfachen Menschen sind mit solcher Liebe und mit solchem verständnisvoller Eingehen in ihr Inneres gezeichnet, daß man sie lieben muß und sich nicht an ihnen sattsehen kann. Max Liebermanns Kunstwerke sind in den Buchhandlungen vorliegen.

